



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, 29. Mai 2017**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

15. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.04 Uhr.

Ende der Sitzung: 19.30 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 14. Sitzung des Gemeinderates vom 24.04.2017 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Anwesende

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

- 1. Vizebürgermeister Gerhard Kroiß
- 3. Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Margarete Josseck-Herd

Gemeinderäte:

Christian Fila
Mag. Georg Parzmayer
Egon Schatzmann
Olivera Stojanovic, BSc

DI. Gunter Haydinger
Mark Paulusberger
Ralph Schäfer
Georg Taitl

Christiane Kroiß
Elke Ruetz
Ronald Schiefermayr
Sandra Wohlschlager

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

- 2. Vizebürgermeisterin Silvia Huber

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Klaus Hoflehner

Johann Reindl-Schwaighofer

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat
Laurien Janina Scheinecker
Mag. Phil. Mato Simunovic

Stefan Ganzert
Karl Schönberger
Barbara Wildfellner

Mag. Bernhard Humer
Petra Wimmer

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Peter Lehner

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar
Sybille Prähofer

Stefan Haböck
Markus Wiesinger

Augustine Hacker
Walter Zaunmüller

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

MMag. Stefanie Rumersdorfer

Mag. Peter Sönser

Prof. Mag. Walter Teubl

NEOS

Gemeinderat:

Markus Hufnagl

Vom Magistrat:

MD Dr. Peter Franzmayr
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.OAR. Inge Maderthaner
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

GR. Ingo Spindler
GR. Ernst Kirchmayr

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 18. Mai 2017 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

GR. Mag. Parzmayr: Aufgrund der umfangreichen Tagesordnung stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, die Redezeit pro Fraktion pro Tagesordnungspunkt auf 10 Minuten zu beschränken. Dies gilt selbstverständlich auch für den Vertreter der NEOS.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Parzmayr auf Beschränkung der Redezeit mit 10 Minuten pro Fraktion pro Tagesordnungspunkt wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Dieser Antrag gilt somit als angenommen. Ich ersuche die Vertreter der Fraktionen die 10-minütige Redezeit nicht für jeden Tagesordnungspunkt auszuschöpfen. Die Sitzung würde dann zu lange dauern.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

1.)

vordringlicher Initiativantrag der SPÖ- und GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion und der NEOS betreffend Diskussionsprozess für das Science Center WELIOS DI-Verf-2023-2017

StR. Reindl-Schwaighofer: Ich möchte sie zuerst auf die aufgelegten druckfrischen Broschüren der Kulturabteilung hinweisen. Dazu gab es heute vom Herrn Bürgermeister und mir eine Presseausendung. Vielleicht können sie die eine oder andere der vielen interessanten Veranstaltungen – wie in der Vergangenheit auch – besuchen.

Der vordringliche Initiativantrag wurde von der SPÖ-, der GRÜNEN-Fraktion und den NEOS eingebracht. Ich sprach auch mit der FPÖ- und ÖVP-Fraktion darüber, aber aus zeitlichen Gründen ging sich eine eventuelle Unterstützung nicht mehr aus.

Die meisten können sich noch erinnern, dass das Welios in der Vergangenheit nicht die besten Schlagzeilen hatte. 2012 gab es eine Initiative, bei der alle Fraktionen gemeinsam die von der Stadt Wels gewollte Linie beschlossen und die max. Abgangsdeckung von einer Million Euro festlegten. Sie werden mir hoffentlich Recht geben, wenn ich sage, dass das Welios sehr gut besucht wird. Im letzten Jahr konnten wir 73.000 Besucher im Welios begrüßen und der max. Zuschussbedarf von 1 Mio. Euro wurde mit knapp 800.000 Euro unterschritten. Das stimmt mich sehr zuversichtlich, denn wir sehen, das Potential des Welios ist hebbbar, wenn wir alle an einem Strang ziehen.

Was meine ich damit? Zum einen führen wir als Stadt die Diskussion, was wir mit der Einrichtung Welios wollen mit welchen Vorgaben. Zum anderen gibt es die vom Welios selbst getätigte Strategieentwicklung, bei der es um Geschäftsfortgang, Kundenservice, Ausstellungskonzeptionen und dergleichen geht. Der Wunsch wäre, alle Fraktionen entwickeln gemeinsam eine Grundlage, auf der sich aufbauend das Welios fünf Jahre weiterentwickeln kann und somit noch stärker als Kompetenzzentrum für Naturwissenschaft und Technik ausgebaut wird.

Oberösterreich ist immer wieder der stärkste Wirtschaftsraum Österreichs. Vor kurzem besuchte ich in einen Welser Vorzeigebetrieb. Es ging auch um die Frage der Einstellung von Techniker, die der Arbeitsmarkt benötigt. Wie komme ich zu diesen? Deshalb wird es wichtig sein, im Welios ein Kompetenzzentrum zur Heranführung von neuen Zielgruppen für technische Berufe einzurichten.

Bei der stärkeren Vernetzung von Industrie und Gewerbebetrieben wäre es wichtig, dass diese ihre Verantwortung wahrnehmen und ihren Beitrag inhaltlicher und bonitärer Natur leisten. Kooperation von Unternehmen mit Ausbildungsbetrieben ist in diesem Kontext zu sehen. Das Welios sollte stärker als außerschulische Bildungseinrichtung positioniert werden. Natürlich kosten Bildungseinrichtungen Geld, weshalb es wichtig ist, das noch einmal gemeinsam festzustellen. Ebenso ist der Ausbau der Zusammenarbeit mit Ausbildungsstätten für pädagogisches Personal sehr wichtig. Wir brauchen mehr Kooperationen mit Schulen und mehr Verständnis des pädagogischen Personals - egal auf welcher Ebene. Bei der Abstimmung der Bedürfnisse der Pflichtschulen sollten wir Kooperationspartner des Landesschulrates werden, damit mehr Schulen das Welios besuchen. Dazu gibt es zwar schon tolle Initiativen seitens des Welios, aber es wäre sicher noch Potenzial für den Ausbau vorhanden.

Darüber hinaus soll das Welios neue Zielgruppen, z.B. Frauen in die Technik, Lehrstellensuchende und Schüler von allgemein berufsbildenden höheren Schulen ansprechen. Bei der Frage der Berufsfindung sollte die Idee von naturwissenschaftlichen und technischen Berufen präsent sein. Bei den Besucherzahlen von 73.000 im Jahr 2016 müsste eine Steigerung auf 100.000 möglich und machbar sein. Mit 73.000 Besuchern ist das Welios eine der stärksten Anziehungsmagnete unserer Stadt. Mit 100.000 Besuchern könnte das Welios ökonomischer geführt werden. Dadurch könnte der Zuschussbedarf der Stadt Wels reduziert werden.

Unter diesen Prämissen könnten wir darüber diskutieren. Ich ersuche sie, mit uns gemeinsam diesen Antrag zu beschließen, um dem Welios eine neue Möglichkeit zur Weiterentwicklung zu geben.

GR. MMag. Rumersdorfer: Mein Kollege StR. Reindl-Schwaighofer hat unsere inhaltlichen Ideen schon vorgetragen. Ich bitte sie diesen Antrag gemeinsam zu beschließen, weil wir alle das Beste für das Welios wollen. Die Debatten- und Nichtinformationskultur, die sich hier in den letzten Jahren etablierte und bei der großteils Oppositionsparteien nicht informiert werden, soll ein Ende haben. Wir bringen nicht Anträge ein, weil wir lästig sind oder reinpfuschen wollen, sondern wir haben auch Ideen und wollen auch mitgestalten. Insofern ist es uns wichtig an diesem Zukunftsprozess des Welios teilzuhaben, damit wir eine schöne Bildungseinrichtung haben, die der Stadt und den Menschen etwas bringt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Der gegenständliche Initiativantrag ist prinzipiell eine gute Idee. Allerdings kommt er aus meiner Sicht verfrüht, weil alle Beteiligungsunternehmen derzeit beauftragt sind, einen Strategieprozess in die Wege zu leiten. Die Erarbeitung einer derartigen Strategie dauert üblicherweise zwei bis vier Monate - das ist bei allen Unternehmen gleich. Ich machte schlechte Erfahrungen, wenn man ohne in der Materie vertraut zu sein, als Gemeinderat oder Bürgermeister versucht dem Unternehmen eine Strategie überzustülpen. Es soll zuerst das Unternehmen selbst eine Strategie erarbeiten und in der Folge können wir über diese vorgelegte Strategie diskutiert. Diese Strategie sollte irgendwann im Sommer fertig sein. Anschließend kann ein derartiger Prozess gestartet werden. Das ist deshalb relevant, weil gleichzeitig auch der WEVA-Prozess läuft. Es gehört überlegt, wenn die Ergebnisse des ersten Halbjahres vorliegen, macht das Sinn. Wenn dem so ist, welcher Gesellschaft soll im Ergebnis die Veranstaltungsortlichkeit übertragen erhalten? Eines der möglichen Unternehmungen ist das Welios.

Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob ich die Strategie nur bespreche für das Welios oder ob ich eine Strategie gestalte, wo die WEVA irgendwie dabei sein soll. Deshalb sind die Ziele, wie Abgangsreduktion, mehr Besucher etc. erstrebenswert. Ebenso sollten die Gemeinderatsfraktionen in einen derartigen Prozess eingebunden werden. Insgesamt gesehen ist dieser Antrag jedoch noch zu früh.

GR. Hufnagl: In der zweiten Gemeinderatssitzung dieser Legislaturperiode im Herbst 2015 wurden meiner Meinung nach in einer Hauruckaktion die Gesellschafterzuschüsse für das Jahr 2016/17 für das Welios beschlossen. Hauruckaktion deshalb, weil es hieß, bei Nichtbeschlussfassung sperrt das Welios irgendwann in den nächsten Wochen zu. Wir unterstützen diesen Antrag, weil wir das Gefühl hatten, es ist seit dem wieder nichts passiert. Es ist sehr positiv zu hören, es geht doch irgendetwas voran. In diesem Sinn sind wir in freudiger Erwartung auf den Start des Diskussionsprozesses.

So positiv stimmt mich das Thema Verringerung des Abganges durch mehr Besucher nicht. Wird von einem durchschnittlichen Eintrittsgeld von 4 Euro gesprochen, müssten noch 180.000 Personen mehr das Welios besuchen. Das wird uns nicht gelingen, weshalb wir Synergieeffekte nützen sollten. Herr StR Reindl-Schwaighofer hat schon einige aufgezählt. Es gibt dazu aber noch weitere Ideen. Die Verbindung mit einer Gründerwerkstätte wäre zu überlegen usw.

Wichtig ist, dass jetzt etwas weitergeht, denn ich möchte verhindern in der letzten Gemeinderatsitzung im heurigen Jahr wieder hier zu sitzen und vor die Wahl gestellt zu werden, entweder eine weitere Unterstützung zu beschließen oder das Welios in zwei

Wochen zu schließen. Wir NEOS stehen für jegliche Diskussion zur Verfügung, werden uns einbringen und freuen uns auf die weiteren Gespräche zu diesem Thema.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Dr. Csar: Das Welios wird schön langsam häufiger besucht. Darüber können wir froh sein. Vor zwei Jahren wurde ein Beschluss zur „Rettung des Welios“ herbeigeführt. Diese zwei Jahre sind von den verantwortlichen Persönlichkeiten des Welios genützt worden, um es besser zu präsentieren. Das zeigt sich in den von StR. Reindl-Schwaighofer heute bereits genannten Zahlen.

Sehr wichtig ist eine Klausur zur Ausrichtung und Positionierung des Welios. Der Aufsichtsrat setzt sich gemeinsam mit den Geschäftsführern zusammen, um über die weitere Vorgehensweise zu diskutieren. Wir sollten genau diese Diskussion abwarten und nicht mit einem Antrag, den wir im Gemeinderat diskutieren und dann beschließen, den Aufsichtsrat Rahmenbedingungen vorgeben, die vielleicht nicht mitgetragen werden oder nicht so gut sind. Der Antrag war sehr gut gemeint, aber etwas verfrüht.

Nach Vorliegen der Ergebnisse der Klausur könnten wir gut gemeinsam darüber befinden wie es weitergehen sollte. Letztendlich muss die Politik entscheiden, ob wieder Geld in die Hand genommen werden soll. Ich möchte mich bei den verantwortlichen Personen im Aufsichtsrat, bei Geschäftsführer Mag. Michael Holl und dem geistigen Vater Mag. Leo Ludick bedanken, die sich sehr engagiert einbringen und damit für eine höhere Besucheranzahl sorgen. Die Verbindung zu den Schulen wird dadurch mehr verstärkt.

Auch wenn vorliegender Initiativantrag sehr gut gemeint und vernünftig ist, stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Dr. Csar auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 1) in den zuständigen Ausschuss wird mit

25 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion + NEOS)
gegen 2 Nein-Stimmen (GR. Schönberger + GR. Wildfellner)
und 7 Enthaltungen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

2.)

vordringlicher Initiativantrag der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
betreffend Tangentiallinie Wels
DI-Verf-2019-2017

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Punkt ist ein Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion eingelangt. Der Beschlusstext soll wie folgt abgeändert werden:

Der Gemeinderat bekennt sich grundsätzlich zur Einführung einer zusätzlichen Tangentiallinie (Ringlinie) und beauftragt den Bürgermeister der eww ag mitzuteilen, dass die eww ag gemäß Satzung zur Verbesserung des Angebots im ÖPNV in Wels die Aufnahme einer solchen (Tangentiallinie) in den Fahrplan der Linie Wels bewirken soll, wobei dies in Absprache mit dem Betreiber des Liniennetzes zu erfolgen hat.

Ich ersuche diesen Abänderungsantrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

GR. Mag. Teubl: Ich darf ihnen heute einen Antrag präsentieren, der ausnahmsweise einmal nicht auf einer Forderung der GRÜNEN basiert, sondern der eine Maßnahme einfordert, deren Umsetzung aus unerfindlichen Gründen auf die lange Bank geschoben wird. Es handelt sich um das Projekt einer zusätzlichen Tangentiallinie im Liniennetz des Welser Stadtbusses. Warum wir diesen Antrag einbringen, möchte ich kurz erläutern.

Wir fassten in diesem Gremium in der letzten Sitzung einen Beschluss, der bewirken soll, dass ab 4. September 2017 endlich auch in Wels in den Abendstunden ein Busverkehr eingerichtet wird. Darüber haben wir uns sehr gefreut. Damit wird eine langjährige Forderung der Welser GRÜNEN endlich Wirklichkeit. Dass es so lange dauerte - vor allem weil über den Abendbus seit vielen Jahren sogar Konsens zwischen den im Gemeinderat vertretenen Parteien herrschte - wurde mit der Evaluierung des Stadtbusverkehrs durch externe Experten, die man abwarten wollte, begründet. Doch auch von dieser Seite kam schon vor über einem Jahr ein klares Ja zur Ausweitung der Betriebszeiten bis 22.30 Uhr. Doch dann hieß es wieder, man wolle alle in diesem Prozess vorgeschlagenen Maßnahmen in einem Paket verabschieden. Jetzt wird es spannend, denn von einem externen Experten wurden noch andere kleinere oder größere Maßnahmen vorgeschlagen, wie die Einführung einer zusätzlichen Tangentiallinie, welche die Stadtteile untereinander verbinden soll.

Von den Nahverkehrsexperten wurde dazu angemerkt, diese zusätzliche Tangentiallinie sei als Folge der Stadtentwicklung unbedingt notwendig, weil man sonst für Fahrten zwischen den benachbarten Stadtteilen – diese liegen inzwischen zum Teil schon relativ weit vom Kern entfernt – den Kaiser-Josef-Platz in Anspruch nehmen müsste. Dies macht die Nutzung des Liniennetzes für solche Wege ziemlich unattraktiv. Daraufhin wurde in der Steuerungsgruppe darüber Konsens erzielt, diese Ringlinie einzuführen, zumal diese Maßnahme auch wirtschaftlich gut darstellbar ist. Die Nachfrageprognose ist äußerst positiv und selbst nach Meinung von Mag. Niedersüß, Vorstandssprecher der eww ag,

wäre damit eine Attraktivitätssteigerung der Linie Wels verbunden. Umso überraschender war es für uns, dass diese Maßnahmen im gefassten Paketbeschluss des letzten Gemeinderates plötzlich nicht mehr enthalten waren.

Offensichtlich hat jemand dieses Paket wieder aufgeschnürt und ein paar Dinge herausgenommen. Einen Teil davon werden wir heute noch zu einem späteren Zeitpunkt zur Diskussion stellen. Unter anderem ist die Ring- oder Tangentiallinie diesem Wiederöffnen des Pakets zum Opfer gefallen. Wer dieses Paket aufgeschnürt hat, wer entschieden hat, dass dieser Vorschlag der Experten nun doch nicht oder zumindest auf längere Sicht nicht realisiert wird, ist mir zumindest unbekannt. Es dürfte eine ziemlich einsame Entscheidung gewesen sein, denn es war weder in der Steuerungsgruppe noch im Verkehrsausschuss jemals davon die Rede.

Obwohl es bereits damals einen breiten Konsens dafür gegeben hat, wurde die Einführung dieser Tangentiallinie von Bürgermeister Dr. Rabl im vorigen Jahr in seiner umstrittenen Bürgerbefragung abgefragt. Da votierte eine Mehrheit der Teilnehmenden für diese Verbesserung des Liniennetzes. Wir erinnern uns alle an die Worte des Bürgermeisters, die Ergebnisse der Befragung seien für ihn unbedingt bindend, auch wenn es sich um eine hauchdünne Mehrheit handeln sollte. Daran kann er sich offensichtlich nicht mehr erinnern. Deshalb übernehmen wir jetzt diese Funktion. Wir erinnern gerne daran. Wenn sie, liebe Kollegen des Gemeinderates, diesem Antrag eine Mehrheit geben, dann ist sichergestellt, dass dieser Teil des vorgeschlagenen Maßnahmenpakets ebenfalls umgesetzt wird.

Sollten sie liebe Kollegen der schwarz-blauen Rathauskoalition diesen Antrag ablehnen, würden sie damit zum Ausdruck bringen, dass ihnen nicht nur die Expertenmeinung und der breite Konsens in der Steuerungsgruppe egal sind, sondern auch die Versprechungen von Bürgermeister Dr. Rabl den Bürgern gegenüber. Ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

GR. Hufnagl: Ich hatte schon in der letzten Gemeinderatssitzung zu diesem Thema erklärt, sehr enttäuscht über die Nichteinführung der Tangentiallinie zu sein. Diese Linie würde wirklich den Nordosten der Stadt mit dem Westen direkt verbinden. Es wäre eine Linie, die vom Norden über das Krankenhaus, das Altersheim und die Gymnasien, durch die Neustadt und die Vogelweide geht und im Prinzip bei den Einkaufszentren im Westen endet.

Wir NEOS sind genauso wie die Verkehrsplaner, die Steuerungsgruppe einhellig der Meinung, dass diese Linie sehr gut angenommen werden und sich der Komfort für die Bürger massiv erhöhen würde. Vor allem würde man sich das Umsteigen am Kaiser-Josef-Platz ersparen.

Ich habe vielleicht eine Antwort auf die in den Raum gestellte Frage, wer dieses Paket aufgeschnürt hat und weshalb dieser Vorschlag herausgenommen wurde. Es ist einfach nicht gewollt, die Einkaufszentren im Westen der Stadt nicht zu erreichen, weil damals auf dem Stimmzettel zu Bürgerbefragung unter Auswirkungen negative Folge für die Kaufkraft und für den Kaiser-Josef-Platz stand. Diese Befürchtung ist bei einigen Gemeinderatsmitgliedern vorhanden. Ich weiß nicht, ob das der Realität entspricht und weniger Leute am Kaiser-Josef-Platz aussteigen, einkaufen und dann wieder weiterfahren.

Es ist schade, dass durch eine Verhinderungspolitik versucht wird etwas zu retten oder zu schaffen. Meines Erachtens kann dies nur über ordentliche Konzepte für die Innenstadt erfolgen. Eine Verhinderungspolitik hat noch niemandem geholfen. Es ist erschreckend sehr viel Geld für professionelle Verkehrsplaner auszugeben - sie haben wirkliche sehr gute Arbeit geleistet - und dann deren Empfehlung zu ignorieren.

Diese Materie war ein gutes Thema für die Bürgerbefragung – mangels anderer vorrätiger Fragen – und die Welsener Bevölkerung hat sich dafür ausgesprochen. Jetzt wird gesagt, es wird erst später realisiert. Was heißt später? Heißt das nächstes Jahr, übernächstes oder in fünf oder zehn Jahren? Ich befürchte es wird jetzt fünf, sechs oder sieben Jahre nichts gemacht. Dann reden wir wieder darüber und es müssen wieder Spezialisten und Verkehrsplaner beauftragt und wieder Hunderttausende Euro ausgegeben werden. Aus diesem Grund werden wir diesen Antrag unterstützen.

GR. Ganzert: Vorweg ein Dank an die GRÜNEN zur Einbringung dieses Antrages. Aus unserer Sicht ist es richtig den Gemeinderat noch einmal mit diesem Thema zu befassen. Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat im letzten Gemeinderat zu diesem Thema schon beim Grundsatzbeschluss gefordert, die Tangentiallinie und andere bereits beschlossene Punkte der Steuerungsgruppe entsprechend umzusetzen. Es ist chronologisch sehr gut aufgearbeitet, an wie vielen unterschiedlichen Sitzungen und an welchen Daten zum Teil sogar einstimmig von den Fraktionen und der Steuerungsgruppe beschlossen wurde, dass diese Tangentiallinie eingeführt wird.

Unser Abänderungsantrag wurde vorgelesen. Der ursprüngliche Termin 4. September 2017 ist aus unserer Sicht nicht einzuhalten, denn der Betreiber muss sich um notwendiges Wagenmaterial, Personal, Fahrpläne etc. kümmern. Diese Umsetzung ist in dieser Zeit nicht realistisch. Deshalb wurden zwei Sätze in der Beschlussformel bewusst geändert: „Der Gemeinderat bekennt sich grundsätzlich zur Einführung einer zusätzlichen Tangentiallinie.“ Das ist etwas, was wir scheinbar alle wollen, das hat die Steuerungsgruppe entschieden, dazu können wir uns bekennen. Als zweite Änderung wurde anstelle des 4. September 2017 eingefügt, es soll das Einvernehmen mit dem Linienbetreiber hergestellt werden, denn dieser muss bekunden, was aus seiner Sicht realistisch ist.

Wir sind der Meinung es ist ein guter Kompromiss diese Tangentiallinie mit einem Gemeinderatsbeschluss zu festigen, abzusichern und gleichzeitig realistische Vorgaben zu geben. Ich hoffe auch von Seiten der GRÜNEN findet dieser Abänderungsantrag die Zustimmung, weil er ein starkes Zeichen für ein Ja zur Tangentiallinie ist, aber mit realistischer Zielsetzung.

Vzbgm. Kroiß: Sehr geehrter Herr Mag. Teubl, sie haben natürlich Recht, dass die Tangentiallinie nicht Teil des beschlossenen Angebotes für die Verbesserung der Linie Wels war. Es wurde die Verlängerung des Abendbusses beschlossen, wir sprachen über das Umweltticket und über zusätzliche Wartehäuschen, Bike&Drive-Anlagen, über Abstellplätze und vieles mehr. Das sind Maßnahmen, die sehr viel Geld kosten. Es wird in den öffentlichen Nahverkehr sehr viel investiert – mehrere Hunderttausend Euro. Daher ist es nicht „aus unerfindlichen Gründen“, warum diese Tangentiallinie noch nicht eingeführt wird. Denn dieses Geld muss erst einmal verdient werden, bevor es ausgegeben werden kann.

Diese Kosten waren damals durchaus Thema in der Steuerungsgruppe, um die weiteren Maßnahmen durchführen zu können. Meiner Information nach würde uns diese zusätzliche Ringlinie 415.000 Euro kosten. Wir wissen nicht genau, wie wir hier eine Fahrgaststeigerung zustande bringen würden, um annähernd kostendeckend zu sein. Wann eine solche Tangentiallinie eingeführt werden soll, muss ganz genau überlegt werden. Natürlich gab es die Empfehlung der Experten diese Ringlinie einzuführen, aber es stand nicht an oberster Stelle der Prioritätenliste.

Auch der 4. September 2017 des ursprünglichen Antrages der GRÜNEN wäre meiner Meinung nach utopisch - das ginge sich nie aus. Der Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion zeigt uns, dass es seitens der SPÖ-Fraktion noch Gesprächsbedarf gibt und StR. Hoflehner darüber im Verkehrsausschuss noch einmal beraten möchte, wie wir mit dieser Tangentiallinie weiter vorgehen.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Kroiß auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 2) in den zuständigen Ausschuss wird mit

31 Ja-Stimmen (FPÖ,-SPÖ,- und ÖVP-Fraktion, NEOS)
gegen 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

3.)

Wahl von GR. Stefan Ganzert zum stellvertretenden
Vorsitzenden des Finanz- und Präsidialausschusses
DI-Verf-108-2017

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion nominiert GR. Stefan Ganzert als stellvertretenden
Vorsitzenden des Finanz- und Präsidialausschusses.

Der Antrag wird von der SPÖ-Fraktion

einstimmig angenommen.

4.)

Verleihung von Verdienstmedaillen der Stadt Wels in GOLD
an Welser Wirtschaftstreibende
BdB-1004-2017

Der Antrag (Anlage 3) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss vom 16.5.2017:

In Würdigung ihrer Verdienste um die Stadt Wels wird

1. Herrn Emil Krabath, 4614 Marchtrenk, Dürerstraße 7
2. Herrn Wolfgang Riedl, Wels, Billrothstraße 7
3. Herrn Roland Waldburger, Wels, Kaiser-Josef-Platz 38
4. Herrn Georg Winklmayr, Wels, Kaiser-Josef-Platz 16a

die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die
Einreihungsverordnung der Stadt Wels 2002 geändert wird
(1. Novelle zur Einreihungsverordnung)
DI-PersR-002-2017

Der Antrag (Anlage 4) lautet nach Vorberatung im Personalbeirat am 18.04.2017, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte 1. Novelle zur Einreihungsverordnung 2002 beschließen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Aufschließungsstraße „Oberthan – Wimpassing“,
ergänzender Finanzbedarf – Enteignung;
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-40-2013

Der Antrag lautet:

Der Gemeinderatsbeschluss vom 15.12.2014 betreffend die Grunderwerbe bei der Aufschließungsstraße Oberthan wird wie folgt ergänzt bzw. abgeändert:

An den Eigentümer der Grst.Nr. 522, KG. Lichtenegg, und Grst.Nr. 270/1, KG. Obereisenfeld, ist gemäß Beschluss des Landesgerichtes Wels vom 06.3.2017, 1 Nc 8/15k-31, für die in Anspruch genommenen Teilflächen im Ausmaß von 1.417 m² bzw. 442 m² ein (restlicher) Betrag von € 91,910,48 zuzüglich der mit € 18.923,32 bestimmten Kosten zu bezahlen.

Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

7.)

Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2016
FD-Buch-15-2016
FD-Fin-101-2017

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 16.5.2017:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2016 wird genehmigt.

Bgm. Dr. Rabl: Im Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss bedanke ich mich bei Finanzdirektor Dr. Barth und Herrn W.OAR. Ettl. Es ist der letzte Rechnungsabschluss von W.OAR. Ettl. Ich bedaure das, weil er diesen die letzten Jahrzehnte mit größter Akribie und Genauigkeit erstellte. Er ist einer jener Dienststellenleiter, auf die man sich de facto blind verlassen konnte. Herr W.OAR Ettl, mein ganz besonderer Dank in diesem Zusammenhang!

Der Rechnungsabschluss selbst wurde im Ausschuss diskutiert und dem ist nichts hinzuzufügen.

GR. Schönberger: Laut Rechnungsabschluss wurden für Wirtschaftsförderungen knapp 200.000 Euro im Jahr 2016 ausgegeben und für 2017 sind 240.000 oder 250.000 Euro budgetiert. Ich würde mir nach Lockerung der Richtlinien - um den Zugang zu erleichtern - wünschen auf ein Niveau zu kommen, welches die Promillegrenze beim Budget durchbricht. Momentan geben wir 0,9 Promille an Wirtschaftsförderungen aus. Das ist angesichts des stetig wachsenden Kommunalsteueraufkommens doch sehr wenig. Außerdem wäre es ein Zeichen für den Wirtschaftsstandort Wels, wenn wir das ab dem nächsten Budget entsprechend berücksichtigen würden und zumindest 1 oder 1 ½ Promille für die Wirtschaftsförderung mit einem leichten Zugang erreichen würden.

GR. Mag. Teubl: Der vorliegende Rechnungsabschluss liegt uns leider noch nicht sehr lange vor. Das ist der erste Punkt, den ich kritisieren möchte. Wenn wir uns ansehen, was wir hier alles genehmigen, so sind das eigentlich einige Kilo an Papier, die wir in

weniger als einer Woche hätten studieren sollen. Uns gingen diese Unterlagen am Mittwoch vergangener Woche zu. Donnerstag war Feiertag - ein langes Wochenende - und heute beschließen wir diesen Rechnungsabschluss. Das ist meines Erachtens eine Vorgangsweise, die es nicht erlaubt tatsächlich etwas darüber auszusagen, was in diesem Rechnungsabschluss steht.

Ich beziehe mich beim Inhalt des Rechnungsabschlusses auf den Prüfbericht, der vom Stadtrechnungshof im Kontrollausschuss vorgelegt wurde und der bestätigte, wovon ich auch ausgegangen wäre, dass natürlich in der Dst. Finanzbuchhaltung alles mit rechten Dingen zugeht und der Abschluss ordnungsgemäß erstellt wurde. Dieser gibt am Ende aber auch einige KDZ-Kennzahlen zum Besten. Es ist klar, dass die Finanzen der Stadt Wels momentan grundsätzlich leicht zu handhaben sind, weil wir gerade über 70 Mio. Euro für den Verkauf der Sparkassenanteile eingenommen haben. Umso mehr erstaunt es mich, dass die Quote der freien Finanzspitze bei 1,7 % liegt und damit im Vergleich zum Vorjahr erneut gesunken ist. Vor zwei Jahren war sie noch bei 3,1. Diese Kennzahl zeigt - laut Erläuterung - das Ergebnis der fortdauernden Gebarung in Relation zu den laufenden Einnahmen an. Die Kennzahl zeigt, wie groß der Spielraum für Investitionen ist, ein fortgesetzter Rückgang ist daher bedenklich. Es würde mich interessieren, wieso es zu diesem Rückgang der freien Finanzspitze kam.

Weiter einzudringen in die Tiefen dieses Rechnungsabschluss wäre natürlich ein interessantes Unterfangen. Doch das war auch dem Kontrollausschuss nicht möglich, weil zum Zeitpunkt der Vorlage des Prüfberichts der Rechnungsabschluss zumindest für uns Gemeinderäte noch nicht existierte. Es gab diese Broschüren noch nicht und es wurde uns auch nicht die Möglichkeit zur elektronischen Einsicht geboten. Das habe ich sowohl im Ausschuss moniert, als auch in der Dst. Finanzbuchhaltung. Ich wollte diesen Rechnungsabschluss in elektronischer Form haben, weil es eine ungeheure Papierverschwendung ist, diese Broschüren jedes Jahr wieder in diesem Umfang auszudrucken. Außerdem würde es die Suche nach einzelnen Posten ungeheuer erleichtern. Diese Möglichkeit gibt es nach wie vor nicht. In einem Mail des Herrn Finanzdirektors teilte er mir mit, dass der Rechnungsabschluss ohnehin nach Beschlussfassung auf der Homepage der Stadt Wels veröffentlicht wird. Das ist mir bekannt, aber nach der Beschlussfassung kann er mir für die Vorbereitung des Beschlusses nicht mehr dienlich sein.

Eine weitere Möglichkeit, die jede Landgemeinde in Oberösterreich bietet, wäre die Einsicht in die einzelnen Kontoblätter des Prüfungsausschusses. Das heißt, man kann gleich sehen, was sich tatsächlich hinter einem Buchungssatz im Rechnungsabschluss verbirgt. Wie genau diese Ausgaben, die oft unter „diverse Subventionen für“ oder sonst einer Bezeichnung versteckt sind, sich aufschlüsseln. Auch das ist nach wie vor nicht möglich. In den kleinen Gemeinden allerdings schon. Die Gemeindeaufsicht des Landes OÖ hat das bekundet. Mein Begehren, das auch in Wels möglich zu machen, wurde mir vom Herrn Magistratsdirektor abschlägig beschieden mit dem Hinweis, dass es nicht nötig sei, eine solche Information vor Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses zu haben.

Das alles spricht nicht gerade dafür, dass wir uns als Gemeinderäte gut auf eine Diskussion des Rechnungsabschlusses vorbereiten können und ich würde mir wünschen, dass hier von der Vorgangsweise her bald andere Möglichkeiten geboten

werden, damit wir nicht vor einem Stapel Papier sitzen, von dem wir eigentlich nicht wissen, was drinnen steht.

StR. Lehner: GR. Schönberger hat anhand des Rechnungsabschlusses die Intensität der Wirtschaftsförderungen in unserer Stadt festgemacht. Herzlichen Dank für diese Initiative für mehr Budget für die Wirtschaftsförderungen. Als zuständiger Referent möchte ich klar festhalten, dass sich die Wirtschaftsförderungen und vor allem deren Qualität nicht anhand dieser Zahl messen lassen. Viele in der Stadt gesetzte Initiativen werden von der Wirtschaft intensiv unterstützt. Ich denke dabei z.B. an die Aktivitäten des Tourismusverbandes, für die wir heute noch eine Subvention beschließen und ich denke an die Investitionen, die wir als Stadt Wels im Rahmen der Messe Wels GmbH tätigen.

Genauso im Bereich der WBA mit der Erstellung eines Wirtschaftsservices Wels. Dabei ist es uns gelungen maßgeblich die Qualität und die Intensität von Betriebsansiedelungen in der Welser Innenstadt zu erhöhen. Das heißt, es ist hier sehr, sehr viel passiert. Aber noch wichtiger ist die Frage, wie wir Betriebe unterstützen, die in Wels investieren möchten? Es ist uns gelungen, die Dauer der Verfahren für Betriebsanlagen in Wels massiv zu senken. Dr. Spitzer informierte mich heute darüber – dafür herzlichen Dank! Hier erbringen wir ein von den Betrieben gefordertes Service, welches dazu beiträgt Arbeitsplätze in Wels zu schaffen. Die Dynamik ist sehr positiv, denn durch Mitarbeiterwachstum haben wir mehr Kommunalsteuereinnahmen.

Viele Betriebe investieren viel Geld - diese fallen in die De-Minimis-Förderung. Das heißt, es fördert der Bund und das Land und wir als Stadt Wels sparen uns in Wirklichkeit diese Förderung, denn die Grenze beträgt 200.000 Euro. Daher ist es umso wichtiger ein Service anzubieten und die gestellte Forderung nach einer Begleitung im Betriebsanlagengenehmigungsverfahren zu erfüllen. Das ist der nächste Schritt in der Verbesserung unserer Wirtschaftsförderung. Denn Dinge zu ermöglichen ist unser Aufgabe. Sollten wir für die Betriebe noch zusätzliche Förderungen benötigen, denke ich, dass wir gemeinsam – da freue ich mich auf die Unterstützung der SPÖ – die entsprechenden Mittel bereitstellen werden können.

GR. Hufnagl: Ich möchte dazu ein Lob, eine Kritik und einige Zahlen herausnehmen, weil die Welser Bevölkerung schon ein Recht hat zu erfahren, wie es mit den Einnahmen und Ausgaben der Stadt Wels des letzten Jahres gelaufen ist.

Wie von Kollegen Mag. Teubl schon erwähnt, wäre es zeitgemäß die Daten des Rechnungsabschlusses in einem Excel- oder CSV-file zu bekommen. Ganz spannend fand ich den Satz aus den Unterlagen des Stadtrechnungshofes: „Für die Prüfung durch den Stadtrechnungshof lag im Wesentlichen der Entwurf des Rechnungsabschlusses in überwiegend elektronischer Form vor. Die gebundene Fassung konnte bis zur Fertigstellung dieses Prüfberichts nicht vorgelegt werden.“ Sie hatten das umgekehrte Problem, sie hatten es elektronisch, aber nicht schriftlich. Ich würde mir das Elektronische sehr wünschen. Es kann nicht das Problem sein, wenn kurz nach dem Gemeinderatsbeschluss das Ganze herunterladbar ist.

Zu den Daten des Rechnungsabschlusses. Die Einnahmen sind erstmals wieder mehr als das BIP oder der Verbraucherpreisindex gestiegen. Während die Inflationsrate

ungefähr bei 0,9 % lag, sind die Einnahmen um ca. 2,1 % gestiegen. Das ist sehr positiv. Bei genauerer Betrachtung der Einnahmen stellt man fest, dass sich diese aus der laufenden Gebarung hauptsächlich aus den Steuereinnahmen von 2 Mio. Euro und aus den Ertragsanteilen von 1 Mio. Euro ergeben. Hier gebührt ein großes Dankeschön an die Welser Unternehmer, die mehr Mitarbeiter beschäftigen und somit ca. 1,4 Mio. Euro mehr Kommunalsteuer in unsere Kassen brachte. Der zweite Teil auf die 2 Mio. Euro ergibt sich aus der Erhöhung der Abfallgebühr und Grundsteuer. Auch hier ein großes Danke an die Welser Bevölkerung, weil diese ja die Grundgebühren und Abfallgebühren bezahlen. Dazu ein kleines Detail am Rande, weil wir im letzten Gemeinderat über die Hundefreilaufzone sprachen: Die Einnahmen aus der Hundesteuer betragen mehr als 75.000 Euro.

Zu loben ist, dass es geschafft wurde die jährlichen Erhöhungen der Personalausgaben einzubremsen. Zwischen 2013 und 2015 stiegen diese um fast 5 Mio. Euro. 2016 konnten ca. 300.000 Euro (0,5 %) eingespart werden. Das ist sehr positiv, ein guter Trend und dieser muss natürlich weiter fortgesetzt werden. Ich weiß, dass das nicht so leicht ist, weil die Personalausgaben jedes Jahr aufgrund der gesetzlichen Erhöhungen steigen. Klarerweise sind die Pensionen und die Ruhebezüge weiter gestiegen, das wird sich kurzfristig nicht vermeiden lassen.

Beim außerordentlichen Haushalt konnte die Nettoverschuldung um 40 Mio. Euro verringert werden, das heißt die Stadt Wels hat somit um 40 Mio. Euro weniger Schulden. Das ist aber keine Leistung dieser Stadtregierung, sondern das ist einfach dem Verkauf der Sparkassenanteile geschuldet. Das sollte sich aber in den nächsten Jahren im Schuldendienst im ordentlichen Haushalt positiv auswirken. Das heißt, wir werden weniger Rückzahlungen haben und weniger Zinsen zahlen.

Beim Thema der freien Finanzspitze vom Kollegen Mag. Teubl kann ich etwas zur Aufklärung beitragen. Vor zwei Jahren war diese besser, weil damals Erlöse aufgrund des Verkaufs einer Messehalle an die Messe Wels enthalten waren. Das pushte das Ganze in die Höhe, ich würde das aber als „Budgettrick“ bezeichnen. Nicht vergessen werden darf, dass die Stadt Wels einen Teil des Erlöses des Sparkassenverkaufes (15 Mio. Euro) als Barvorlage in der eww ag geparkt hat. Mit diesem Geld ist sehr sorgsam umzugehen und für sinnvolle Investitionen auszugeben.

Das Maastricht-Ergebnis ist zwar im Kernhaushalt positiv, aber in Summe haben wir ein negatives Maastricht-Ergebnis inkl. der Holding Wels in Höhe von -2,6 Mio. Euro. Hier müssen wir noch etwas tun - aber wir sind auf einem guten Weg. Deshalb werden wir diesem Rechnungsabschluss zustimmen und darauf schauen, dass dieser positive Trend in den nächsten Jahren fortgesetzt wird.

GR. Ganzert: Uns erging es ähnlich wie Kollegen Mag. Teubl. Am Mittwoch kamen die Unterlagen, dann war Gott sei Dank ein Feiertag, wodurch am Wochenende genug Zeit war um sich einzulesen. Es wäre erfreulich es zu schaffen, diesen Rechnungsabschluss künftig elektronisch zu erhalten. Ich bin guter Dinge, dass der Bürgermeister unseren Antrag aus dem letzten Jahr betreffend Offenlegung der Subventionen zu digitalisieren bald auf den Weg bringt. Vielleicht schaffen wir es auch, das eine oder andere im Finanzbereich transparenter zu gestalten und online den Welsern zur Verfügung zu stellen.

Ich möchte mich dem Dank an die Finanzdirektion anschließen und ganz besonders beim Dank an den Dienststellenleiter der Stadtbuchhaltung, W.OAR Ettl. Es ist nicht selbstverständlich, dass diese grandiose Leistung dargelegt wird. Der Herr Bürgermeister sprach schon das Bedauern aus, dass es vermutlich ihr letzter Rechnungsabschluss war. Es ist immer ganz wichtig, gerade im Bereich der Finanzdirektion gewissenhafte Mitarbeiter zu haben.

Der Rechnungsabschluss bietet nicht nur die Möglichkeit auf die Kennzahlen einzugehen - das tat Kollege Hufnagl bereits - sondern bietet die Möglichkeit einer Replik auf das vergangene Budgetjahr. Wir taten beim Beschluss des Doppelbudgets 2016/17 bereits unsere Meinung kund. Beim Doppelbudget geht es um eine ideologisch getriebene Umschichtung der finanziellen Mittel. Nachdem die Einnahmen und die Ausgaben steigen, wird herumjongliert und die Prioritäten werden einfach ganz anders gesetzt.

Ich möchte ein paar Punkte herausgreifen, die uns wichtig sind um hervorzuheben, wofür die Geldmittel 2016 geflossen sind, wofür Geld vorhanden war und wofür nicht. Immer wieder Thema im Gemeinderat ist die missglückte Bürgerbefragung und die Kosten des gesamten Reformprozesses, die im Budget 2016 entsprechend aufscheinen. Dazu zählen die zahlreichen externen Berater und Gutachten, die der Bürgermeister immer wieder heranzieht, die teuren Marketingkosten und Werbeausgaben. Einige werden den Blockeintrag, generell über die Ausgaben der Stadt Wels für Inserate, im Internet gelesen haben. Egal, ob die Messe Wels hier eingerechnet wurde oder nicht, es sind sehr viele. Ich möchte auf die Beilage „Wels realisiert“ im letzten Amtsblatt hinweisen. Die Kosten dafür waren in den letzten Jahren nicht so hoch. Hier wird sehr stark auf Eigenwerbung und „Wohlfühlstimmung“ gesetzt und das vermittelt das Gefühl, es stehen ein Wahlkampf oder baldige Gemeinderatswahlen bevor, weil so sehr darauf gedrängt wird, dass man sich wohlfühlen hat. Die schlechten Dinge, die im Wahlkampf entsprechend heraufbeschworen wurden, sind nun endlich vorbei und jetzt müssen wir uns an dem Brunnen und den Brauchtumsfesten erfreuen, diese Stadt genießen und dankbar dafür sein. Dem ist nicht ganz so.

Vor allem gibt es dazu sehr viele Ausgaben. Einige erwähnte ich bereits. Weiters gibt es noch die Ausgaben für Immobilien, die erst in den nächsten Jahren kommen werden, wie Greif, Sanierung des Rathauses etc. Was bleibt den Welsern über? Es gibt einen Überschuss, so wie es diesen immer gab, da der ordentliche Haushalt stets ausgeglichen war. Beim Rechnungsabschluss gibt es dann meistens einen Überschuss.

Wenn ich den Bürgermeister zitieren darf, so sagte er vor Jahren dem damaligen Finanzreferenten Wimmer, dass ein Überschuss nicht schwer zu erzielen sei. Man brauche im Budget nur irgendwelche Ausgaben reinschreiben, die ich dann nicht tätige. Zum Schluss ist ein Überschuss vorhanden, ob 2, 6 oder 10 Mio. Euro, das ist beliebig einsetzbar. Nichts desto trotz ist ein Überschuss weiterhin da. Durch die Erlöse aus dem Verkauf der Sparkassenanteile konnte sehr viel in die Schuldentilgung gesteckt werden. Das ist ein Beweis für die umsichtige Beteiligungspolitik in den letzten Jahren, die unter Hermann Wimmer und einer SPÖ-Beteiligung gemacht wurde. Es ist dann leider nicht mehr gelungen diesen Syndikatsvertrag ein weiteres Mal zu verlängern und die guten Konditionen für die Stadt Wels aufrecht zu erhalten.

Wir mussten die Put-Option ziehen. Gott sei Dank haben wir durch die Verwendung eines großen Teiles für die Schuldentilgung, einen Teil für die eww ag und einen Teil für Investitionen einiges für die Zukunft vorgesorgt.

Nicht angekommen bei den Welsern sind Steigerungen in der Qualität von städtischen und bereits bestehenden Leistungen. Sie können sich alle an den beginnenden Einsparungsprozess erinnern, der vor allem den Kindergartenbereich sehr stark betraf. Dabei wurde die zweite Pädagogin in den Welser Kindergärten gestrichen, die Streichung bei Umweltförderungen und deren Richtlinien, die Streichung von Förderungen und Subventionen in allen Bereichen, wie Sport, Kultur und Soziales. Ein Überschuss, der bei der Bevölkerung nicht ankommt. Es wird an vielen Leistungen gespart. Würde alles gegenübergestellt - diese zusätzlichen Ausgaben, die es für den Erhalt einer funktionierenden Stadt nicht brauchen und das Aufwiegen würde, was wir gestrichen haben - frage ich mich, bei einem Überschuss, bei steigenden Einnahmen, wie sich der eingehende Satz dieser ideologischen getriebenen Umschichtung erklärt, so dass das Geld entsprechend da ist. Es gehört nur ordentlich und sinnvoll genutzt. Das ist unser Kommentar zum Rechnungsabschluss. Es geht ohnehin nur um die Genehmigung. Es ist nicht möglich im Nachhinein Umbuchungen vorzunehmen.

Ich möchte beim Dank an die Finanzdirektion und bei den jeweiligen Mittelbewirtschaftern und Kollegen aus dem Hause bleiben. Es ist unbestritten: Für eine Stadt wie Wels und für den öffentlichen Haushalt stehen die Wirtschaftlichkeit, die ökonomische Zweckmäßigkeit und die Sparsamkeit an oberster Stelle.

GR. Schäfer: Zuerst möchte ich mich dem Lob des Kollegen Hufnagl anschließen. Bei den Personalausgaben sieht man sehr gut, dass eine Effizienzsteigerung im Hause Magistrat durchgeführt wurde. In den Jahren 2005-2015 gab es eine Ausgabensteigerung von 41 % auf rund 70 Mio. Euro. Im letzten Jahr schafften wir es diese Ausgaben sogar leicht zu senken bei einem höherem Leistungsangebot seitens des Magistrates Wels.

Zur Kritik der Opposition bezüglich der Investitionen und den Einsparmaßnahmen im Sozialbereich: Wenn man die getätigten Investitionen betrachtet, kann man sehen, dass mit Abstand die höchsten Investitionen bei den Alten- und Pflegeheimen, bei den Kindergärten und Schulen erfolgten.

Zum Kritikpunkt „alles ist gut in der Stadt“ freut es mich als Jugendvertreter enorm, dass in Wels endlich wieder etwas los ist. Einerseits ist das für die Bürger gut und andererseits lockt es hoffentlich neue Veranstalter in die Stadt und Publikum aus dem Umland, sodass am Ende des Tages eine Belebung der Innenstadt erfolgt. Das bringt für die Stadt Wels selbst, für die Kaufleute und die Bürger Vorteile.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber.

Vzbgm. Kroiß: Die Wortmeldung von GR. Ganzert zur missglückten Bürgerbeteiligung kann ich nicht nachvollziehen. Ganz im Gegenteil glaube ich, dass die Bürgerbeteiligung sehr gelungen war und die Bürger durchaus froh sind, wenn sie bei diesen Prozessen dabei sind. Natürlich gibt es Werbeauftritte seitens der Stadt, die die Änderungen aufzeigen - diesen Wohlfühlfaktor spürt man in der Stadt.

Es war das Ergebnis der Wahl, dass es nun so ist. Vorher war die Stimmung in der Stadt eine ganz andere. Es gehört zum Geschäft in der Politik: „Tue Gutes und sprich darüber.“ Wenn eine Wohlfühlstimmung vorhanden ist und wir diese verbreiten können, kann das durchaus gezeigt werden.

Ich bin nicht der Meinung, es gab keine Qualitätssteigerung. Im Bereich der Sicherheit sind wir eine der wenigen Städte, dessen Kriminalitätsstatistik nach unten geht. Auch im Sport haben wir eine sehr positive Entwicklung. Bei Betrachtung der Innenstadt und aus Gesprächen mit den Bürgern weiß man, dass in Wels etwas geschah. Hier kann von einer Qualitätssteigerung und nicht von einer Qualitätsminderung gesprochen werden. Das kostet alles Geld. Aber es wurde sehr sorgfältig damit umgegangen und deshalb ist dieser Rechnungsabschluss ein sehr positiver Abschluss.

GR. Ganzert: Beim Thema Bürgerbefragung meinte ich nicht generell Bürgerbefragungen per se, sondern die Bürgerbefragung im Sommer des letzten Jahres. Gerade der Tagesordnungspunkt Nr. 2 war ein Beweis dafür – es gab eine Bürgerbefragung und ein Ergebnis -, dass heute ein entsprechender Beschluss des Gemeinderates hätte stattfinden können. Die Mehrheit ließ es aber nicht zu.

Beim Thema Wohlfühlen und der Marke CI ist es gerade der FPÖ gelungen in ihrem Dauerwahlkampf von 2009-2015 die Marke Wels als solches, nicht das Logo, sondern das Image in der Stadt, bewusst schlechtzureden. Um dieses Image wieder aufzubessern sind Kosten angefallen. Da war es natürlich klar, einen neuen Slogan, ein neues Logo, neue Wohlfühlfaktoren und neue Schwerpunkte suchen zu müssen.

Beim Thema Videokameras - beim Ankauf der zweiten Tranche – haben wir uns der Stimme enthalten. Wofür ist Geld vorhanden und wofür nicht? Die Jugendherberge war dazu ein typisches Beispiel. Sie musste auf Biegen und Brechen bis zum 31.12.2016 geschlossen werden. Der Beschluss wurde bald gefasst und die Zimmer werden nicht mehr angeboten. In der ehemaligen Jugendherberge wird nun eine zentrale Anlaufstelle für die Sozialpsychische Beratungsdienste eingerichtet. Dazu sagten wir, es hat durchaus Charme diese Dienstleistungen der Stadt Wels auf einen Punkt zu zentralisieren.

Warum war der Druck vorhanden die Jugendherberge wegzugeben? Im selben Atemzug kaufen wir das Objekt Greif. Alle Beschlüsse kommen immer ganz kurzfristig. Es gibt dazu kaum Vorbesprechungen in den Ausschüssen oder einer anderen Ebene, sondern sie werden einfach vorgelegt. Es gibt dann nur kurze Zeitfenster und es muss gehandelt werden. Nun wird das Objekt Greif gekauft und es muss eine Jugendherberge betrieben werden, die in Wahrheit auch nur von der Stadt Wels in irgendeiner Art und Weise subventioniert wird, indem Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden etc.

Das zeigt, Geld ist vorhanden, aber es wird bewusst und gezielt geschaut, wo es aus parteipolitischer, aus koalitionspolitischer oder aus welcher Überlegung auch immer, ausgegeben wird. Wo ist hier das Ziel entsprechende Akzente zu setzen? Aus unserer Sicht ist es oft nicht klar, wo dieses Ziel zu setzen ist bei den Menschen, die eventuell Leistungen der Stadt Wels bedürfen.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Lieber Stefan, deine Wortmeldung offenbart in einer eindrucksvollen Offenheit, wie die SPÖ-Fraktion in der Vergangenheit offensichtlich Beschlüsse fasste - nämlich ausschließlich parteipolitisch. Bei deiner Aussage, wir schaffen aus parteipolitischem Kalkül die Jugendherberge ab, muss ich dir die Frage stellen, wie und warum ist sie vorher angeschafft worden? Diese Koalition bekennt sich dazu, dass wir nach dem Prinzip der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit Mittel einsetzen und Institutionen eröffnen oder schließen. Keine andere Überlegung spielt hier eine Rolle und schon gar keine parteipolitischen Überlegung. Ich bin etwas irritiert, dass das in der SPÖ in der Vergangenheit eine so große Rolle spielte.

Das ist allerdings schon an den Ergebnissen in der Finanzpolitik und an den Beschlussfassungen generell zu sehen. Du erhältst einen falschen Eindruck von der Beschlussfassung, weil immerhin der Kauf des Objektes Greif sowie die Einsparungen bei den Subventionen auch von der SPÖ-Fraktion mitbeschlossen wurden. Du selbst hast dafür deine Hand gehoben und jetzt zu sagen, nichts damit zu tun zu haben, ist mir etwas zu kurz gegriffen. Warum nimmst du diesen Beschlusspunkt her und greifst die Koalition an? Dafür gibt es überhaupt keinen Grund. Ich verstehe zwar das Frustgefühl, dass es jetzt einen Bürgermeister einer anderen Partei gibt und ich verstehe, dass in der Vergangenheit der eine oder andere Fehler als Mehrheitsführer gemacht wurde, immerhin von 2003-2009 mit absoluter Mehrheit. Dieser Frust ist anscheinend noch immer nicht bei dir verarbeitet. Ich würde mich um Ursachenforschung bei mir selbst kümmern.

Offensichtlich wollte die Bevölkerung eine Änderung im politischen System. Dazu gibt es Veränderungen, die von der Bevölkerung gutgeheißen werden. Auch das scheint dir schwer verständlich zu sein, anderen offensichtlich wieder leichter. Ich denke, wir sind in Wels auf einen guten Weg - die Stimmung ist besser, die Geschäfte weisen weniger Leerstände auf. Das ist durchwegs StR. Lehner mit dem Wirtschaftsservice zu verdanken.

Zu GR. Schönberger möchte ich anführen, dass der von uns eingeführte Wirtschaftsservice Bestandteil einer Wirtschaftsförderung ist. Wirtschaftsförderung ist nicht nur das was im Budget steht, sondern es gibt eine außerordentliche, weit darüber hinausgehende Wirtschaftsförderung. Beispielsweise erinnere ich an die Fa. HOGO, die wir mit 200.000 Euro alleine für die Ansiedelung unterstützten und förderten. Übrigens mit Zustimmung von dir selbst, weil es sich dabei um sinnvolle Maßnahmen handelt. Alleine mit diesen 200.000 Euro knacken wir schon die Promillegrenze. Du brauchst nicht beunruhigt sein, wir tun für die Wirtschaft mehr als je zuvor. Da zeigt sich, was innovative Förderpolitik alles ermöglicht.

StR. Lehner stellte eine neue Richtlinie zusammen, nach der er wesentlich freier und unbürokratischer als bisher ohne Schikanen für die Unternehmer fördern kann. Das ist sicherlich sein Verdienst diese neuen Wege bestritten zu haben. Andere gehen gegenläufige Wege, wo immer wieder neue Nachweise zu erbringen sind, die enorme Beamtenkosten verursachen. Das kann ich nicht ganz nachvollziehen. Ermessenssubventionen sind eine tolle Sache. Wir haben verantwortungsvolle Politiker und noch verantwortungsvollere Gremien und ich glaube, diese Fördermittel werden sehr gut eingesetzt.

GR. Mag. Teubl: Ich möchte kurz auf das soeben vom Bürgermeister erwähnte große Lob für die innovative Förderpolitik am Wirtschaftssektor eingehen und kann mich dem keineswegs anschließen. Eine Förderung, die auf dem Prinzip Willkür basiert, ist meines Erachtens nicht der Stadt Wels angemessen, sondern ich würde mich freuen, wenn es in diesem Bereich wieder Richtlinien gäbe, die für den Förderungswerber erkennen lassen, warum wer gefördert wird und wer nicht.

Der Rechnungsabschluss wäre eine gute Gelegenheit eine Forderung des Rechnungshofes einzulösen. Dieser forderte seinerzeit die Stadt Wels auf regelmäßig dem Gemeinderat Beteiligungsberichte vorzulegen, das heißt die wirtschaftlichen Ergebnisse der stadtnahen Unternehmungen auch dem Gemeinderat zu berichten. Meines Wissens ist das bis dato nicht erfolgt. Ich würde jetzt gerne diese Gelegenheit wahrnehmen, um das einzumahnen und zu ersuchen, das ehe baldigst zu tun.

GR. Mag. Parzmayr: Es ist notwendig hier einige Dinge richtigzustellen. Liebe SPÖ-Fraktion, wir redeten die Stadt Wels nicht schlecht. Wir stellten die tatsächliche Situation dar. An dieser Situation sind wir als damals meist kleine Oppositionspartei sicher nicht schuld – wir haben das nicht zu verantworten. In weiterer Folge waren höhere Werbeausgaben notwendig. Wozu führten diese Werbeausgaben? Wir haben viele neue Betriebe, die Kommunalsteuereinnahmen steigen, in der Innenstadt gibt es die niedrigste Leerstandsquote bei den Geschäften seit langem. Es geht überall aufwärts - das ist sicherlich auch dieser Werbekampagne zu verdanken.

Ich möchte nur kurz auf die Zahl des Rechnungsabschlusses eingehen. Die Gebarung hat einen Überschuss von 10,4 Mio. Euro im ordentlichen Haushalt ergeben. 2014 war es etwas weniger. Damals sagte Frau GR. Wildfellner zu ihrem Finanzreferenten: „Ich möchte Hermann Wimmer zu seiner ausgezeichneten Budgetpolitik gratulieren. Er hat mit Fingerspitzengefühl, mit Verstand und vor allem mit der nötigen Budgethärte einen Rechnungsabschluss erstellt, der seinesgleichen sucht. Manche Kommune, die von anderen „Couleurs“ geführt wird, würde sich wünschen, so einen Rechnungsabschluss zu haben.“ Sehen sie sich den Rechnungsabschlüsse 2014 und 2016 einmal an und dann denken sie noch einmal darüber nach.

GR. Hufnagl: Mag. Parzmayr hat irgendwie dargestellt, ich hätte gesagt, dass die Mehreinnahmen der Kommunalsteuer von weniger Leerständen aus der Innenstadt kommen. Das ist es sicher nicht, denn ich bezweifle, ob die Angabe über die Leerstände in der Innenstadt überhaupt richtig ist, da noch immer sehr viele Geschäfte leer stehen.

Mich verwundert die entbrandte Diskussion zwischen Herrn Bürgermeister und Kollegen Ganzert, denn die Welser haben in den letzten Jahren dieses Hin und Her zwischen SPÖ und FPÖ oder zwischen links und rechts nicht gerade toll gefunden. Wir sollten diese Polemik bei Seite lassen, über die Fakten und Zahlen reden. Mein Ansinnen war heute über die Zahlen zu reden und nicht über die Inhalte, diese haben wir im Gemeinderat schon ausführlich diskutiert. Ich würde sagen, belassen wir es bei der Diskussion über die reinen Zahlen und bereden die Sachthemen dort wo sie hingehören.

GR. Dr. Csar: Wir diskutieren heute über schon beschlossene Sachen. Das Geld dafür wurde ausgegeben. Voraus gingen Mehrheitsbeschlüsse oder einstimmige Beschlüsse.

Jetzt darüber zu jammern ist nett und schön und gehört wahrscheinlich zur politischen Diskussion dazu, aber es ändert nichts mehr an der Situation. Für die ÖVP-Fraktion kann ich nur eines sagen, dass wir in der Vergangenheit natürlich auch Kompromisse eingehen und das eine oder andere akzeptieren mussten, wie alle anderen Fraktionen genauso.

Für die Zukunft möchten wir für die Welser Bevölkerung arbeiten und ich bin mir sicher, diese hier geführte Diskussion wird von der Welser Bevölkerung mit wenig Begeisterung verfolgt. Sie möchte Tatsachen und Handlungen gesetzt sehen. Dazu braucht es ein Budget für das kommende Jahr, welches wir sicher diskutieren werden. Dorthin sollen wir den Blickwinkel lenken und nicht auf die Vergangenheit. „Verlorene Milch wieder einzusammeln“ ist für uns nicht mehr möglich.

Vzbgm. Huber: Es ist ein guter Rechnungsabschluss – Gratulation! Dank einer 70 Mio. Euro Mitgift von der „bösen SPÖ-Fraktion“. Die Senkung der Personalkosten kann so oder so gesehen werden. Die Personalkosten sind auch gesunken, weil 74 befristete Dienstverhältnisse von Mitarbeitern des Magistrates nicht verlängert und diese somit auf die Straße gestellt wurden.

Nach dem Prinzip der Sparsamkeit setzen wir die Mittel ein - ich bin auf die Diskussion über unseren wunderschönen Stadtplatz, bei dem wir 530.000 Euro ausgeben werden für eine neue Beleuchtung an der Hausfassade gespannt. Gut erinnern kann ich mich – es ist noch keine 10 Jahre her – an die Erneuerung der vom damaligen Vizebürgermeister Wieser ungeliebten Beleuchtung. Ihm waren die traditionellen Leuchten lieber und ich bin gespannt, wie man das mit der Sparsamkeit rechtfertigt.

Bgm. Dr. Rabl: Liebe Silvia, du sagst es ist so leicht diesen Rechnungsabschluss zu machen, weil wir eine 70 Mio. Euro Mitgift von der SPÖ-Fraktion bekommen haben. Ich wusste nicht, dass die Sparkasse im Eigentum der SPÖ stand und in der Folge uns übereignet wurde. Bekanntlich war das Stadtvermögen und kein Vermögen der SPÖ. Daran sieht man, wie die SPÖ bisher mit Stadtvermögen umging. Sie glaubte immer, es ist ihr eigenes und hat es auch so behandelt.

Die Stadt hat ganz allgemein betrachtet über kurz oder lang ein Finanzierungsproblem. Wir bauten massiv Schulden in den Jahren 2009-2015 auf, wobei wir durchaus Projekte umsetzten. Tatsache ist, die Schuldenlast ist gestiegen und der ordentliche Haushalt hatte nicht ausreichend Ertragskraft, um diese Schulden langfristig zu bedecken. Das haben wir geändert.

Herr Mag. Teubl, sie kritisieren, dass die freie Finanzspitze gesunken ist. Sie hätten sich über die Ursachen erkundigen sollen. Ursache dafür ist beispielsweise das Sinken der Strafentgelte um 700.000 Euro, weil die Polizei weniger auf den Gemeindestraßen kontrollierte. Es gibt aber auch noch andere Ursachen. Diese Zahl offenbart, dass die bisher ergriffenen Sparmaßnahmen immer erst ein Teil des Weges sind. Das heißt, die von den GRÜNEN kritisierten Sparmaßnahmen müssen weiter fortgesetzt werden. Weil wir nach wie vor nicht konsolidiert sind, weil wir uns nach wie vor anstrengen müssen, damit wir diese Stadt zukunftsfit machen und weil wir nach wie vor die Verwaltungsreform vorantreiben müssen.

Ich bedaure für die Mitarbeiter die Nicht-Verlängerung des Arbeitsvertrages, weil hinter jedem Mitarbeiter naturgemäß eine Familie steht. Allerdings können wir nicht die ganze Welt aufnehmen, weil der Magistrat keine Versorgungsanstalt ist, sondern der Magistrat Leistungen für den Bürger erbringen soll. Dazu muss man tüchtig sein und Leistung erbringen. Dafür bekommt man dann anständig bezahlt. Deshalb ist es für mich absolut notwendig eine effiziente Verwaltung zu bekommen. Wir setzten eine Magistratsreform um. Das war ein sehr großer Schritt, der unfassbare lange Vorbereitungsarbeiten kostete.

Dafür möchte ich mich bei den Beamten sehr herzlich bedanken, die dafür sehr, sehr intensiv arbeiteten. Die letzte Magistratsreform war vor 15 Jahren. Dazwischen gab es keine, weil die bisherigen Maßnahmen, wie das Facility Management, schon im Kleinen scheiterten. Wir haben den großen Wurf gemacht, Abteilungen und Dienststellen zusammengelegt und eine effiziente Struktur auf Schiene gebracht. Das muss man erst einmal schaffen. Dafür war dieses Beratungsgeld gut investiert. Immerhin bringt das Einsparungen, die wir vorher nie hatten. Das ist ein Weg, den wir aus meiner Sicht noch fortsetzen müssen.

Wenn Kollege Mag. Teubl kritisiert, dass es keine elektronische Form für den Rechnungsabschluss gibt, muss ich sagen, es gibt diese schon aber erst nach Beschluss. Ein Rechnungsabschluss ist ein laufender Prozess. Ich bedanke mich bei Dr. Barth, der das erläutert hätte. Es ist für mich ganz selbstverständlich erst die endgültige Fassung in elektronischer Art zur Verfügung zu stellen und nicht mit einer Fassung zu arbeiten, die irgendwo dazwischen liegt.

Lieber Stefan, du hattest am 16.05.2017 beim Finanz- und Präsidialausschuss schon alle Unterlagen und vorher noch eine Woche Zeit - also genug Möglichkeiten sich bei Herrn Finanzdirektor zusätzlich zu informieren, weshalb deine Kritik nicht ganz gerechtfertigt ist. Zu den Kosten des Reformprozesses habe ich schon Stellung genommen. Wenn man große Prozesse angeht, soll dies mit Vernunft, mit entsprechenden Beratern und Experten auf der Seite geschehen, um auch eine Expertise von dritter Seite zu haben, denn oftmals wird man betriebsblind. Diese können uns sagen, ob wir auf den richtigen Weg sind.

Bei den von dir genannten Werbekosten sprichst du wider besseres Wissen, weil naturgemäß die Messe in diesen Werbekosten mit dem größten Teil von 600.000 Euro enthalten ist. Diese sind auf die große Herbstmesse auf der einen Seite und die Messe Agraria auf der anderen Seite zurückzuführen. Das war allen bekannt, aber es reicht aus, um etwas Schmutz zu verteilen. Insofern finde ich diese Vorgehensweise durchaus zu hinterfragen.

Kommen wir zum Positiven dieses Rechnungsabschlusses. Wir senkten die Pro-Kopf-Verschuldung massiv von 1.160 Euro auf 470 Euro. Das ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass wir Teile der Sparkassenerlöse in Höhe von 35.000 Euro für die Schuldentilgung verwendet haben, sondern wir haben zusätzlich 5 Mio. Euro Rückzahlungen geleistet.

Wenn GR. Ganzert die Kinderbetreuung kritisiert, so kann ich nur sagen, die Ausgaben für die Kinderbetreuung erhöhten sich um 0,5 Mio. Euro. Vielleicht solltest du das auch einmal erwähnen. Außerdem wurden nicht Pädagoginnen abgeschafft,

sondern die Pädagoginnen machen jetzt die sinnvolle Sprachförderung. Ein unbedingt notwendiger Schritt aus unserer Sicht aufgrund der verfehlten Integrationspolitik der SPÖ-Fraktion. Die Pädagoginnen wurden in Wirklichkeit jetzt ersetzt durch Hilfskräfte, die das genauso gut machen können. Insgesamt kostet uns die Kinderbetreuung mehr als je zuvor. Ich weiß, das hörst du nicht so gerne, aber die Wahrheit ist oft eine andere als geschildert.

Wels ist eine Stadt, in der investiert wird. Dabei denke ich an die Häuser Leopold-Spitzer-Heim und das Haus Neustadt-Vogelweide, wo 3,2 Mio. Euro in die Neuerrichtung investiert wurden. Ebenso zur neuen Messehalle in Höhe von 2,9 Mio. Euro. In die Volksschulen Neuerrichtung Rainerstraße, Puchberg etc. 2,7 Mio. Euro, für Straßen 1,3 Mio. Euro. Private Kindergärten wurden mit 0,9 Mio. Euro gefördert usw. 18 Mio. Euro haben wir nur in diesen Rahmen tatsächlich investiert.

Es geht in dieser Stadt unfassbar viel weiter und ich möchte betonen, auch mit Zustimmung der SPÖ-Fraktion, weil nur gemeinsam so viel weitergehen kann. Das möchte ich parteiübergreifend bei aller wechselseitigen Kritik sagen, damit bei den Zusehern nicht der Eindruck erweckt wird, als würden wir hier die ganze Zeit nur streiten. Das ist nicht der Fall. Es gibt sehr konstruktive Zusammenarbeit in ganz vielen Bereichen und in kleinen, im Verhältnis unbedeutenden Bereichen Unterschiede in der Ausrichtung. Das ist aber in Ordnung, denn wenn alle Parteien das Gleiche vertreten würden, bräuchten wir nicht so viele verschiedenen Parteien. Es würde wahrscheinlich eine reichen und das wäre für die Demokratie durchaus problematisch.

Ich möchte mich bei allen Fraktionen hier im Gemeinderat und bei den NEOS bedanken für die konstruktive Zusammenarbeit in vielen Bereichen und ich hoffe, dass wir diese konstruktive Zusammenarbeit in Zukunft auch fortsetzen können. Ich halte nichts davon den Rechnungsabschluss dafür zu instrumentalisieren wechselseitig sich auszurichten, was man gut oder schlecht gemacht hat, weil alles Darinstehende einstimmig oder mit entsprechender Mehrheit schon beschlossen ist.

Der Antrag zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

8.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2017

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss vom 16.5.2017:

Die beantragte Kreditübertragung (Anlage 1) und die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlage 2) werden genehmigt.

Einstimmig angenommen.

9.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2017

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidentialausschuss vom 16.5.2017:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Huber. Bgm. Dr. Rabl verlässt den Sitzungssaal.

Vzbgm. Huber: Zum Tagesordnungspunkt 10. hat der Gemeinderat über einen Bescheid zu beraten und zu beschließen, der personenbezogene Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes beinhaltet. Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, der Gemeinderat möge beschließen, dass die Öffentlichkeit zum Tagesordnungspunkten 10. ausgeschlossen wird.

Bevor wir darüber abstimmen, bitte ich die Zuhörer, die Medienvertreter für diesen Tagesordnungspunkt den Saal zu verlassen. Das ist leider so vorgesehen und ich ersuche sie um Verständnis.

Die Sitzung des Gemeinderates ist von 16.27 bis 16.35 Uhr unterbrochen.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

10.)

Oö. Objektivierungsgesetz 1994; Antrag auf Bescheid-
ausstellung; Devolutionsantrag an den Gemeinderat
DI-RMB-018-2017

Dieser Tagesordnungspunkt wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Nach der nicht öffentlichen Behandlung des Tagesordnungspunktes 10. wird der öffentliche Teil der Sitzung des Gemeinderates fortgeführt.

Vzbgm. Huber bedankt sich bei den Zuhörern für ihr Verständnis.

11.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend die Festsetzung von Tarifen für die Sportanlagen der Stadt Wels (Sportanlagentarifordnung 2017)
BK-Sport-130-2017

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss vom 02.05.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Sportanlagentarifordnung 2017 beschließen.

Einstimmig angenommen.

12.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend die Sommerferienaktion 2017; Tarifordnung – Ferienaktion 2017
BK-J-123-2017

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss vom 02.05.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Tarifordnung für die Ferienaktion 2017 beschließen.

GR. Mag. Brenner-Nerat: Auch heuer darf ich wieder die Aufgabe übernehmen mich bei der Abteilung, den Mitarbeitern, allen voran bei Herrn W.OAR. Karl Mittermayr, zu bedanken für dieses tolle Angebot, welches auch immer wieder erweitert wird. Ein wichtiger Punkt ist der „Erlebnistag am Bauernhof“. Es gibt viele Kinder, die nicht oft die Möglichkeit haben sich auf einem Bauernhof umzusehen. Deshalb bin ich froh, dass dieser Ausflug, der 25 Jahre im Programm enthalten war, wieder aufgenommen wurde.

StR. Josseck-Herdt: Der Vollständigkeit halber möchte ich noch das Programmangebot erläutern, und zwar haben wir zusätzlich in der Kinderbetreuung, im Hort, ein Programm anzubieten, nicht nur für Kinder, die während des Jahres den Hort besuchen, sondern auch für Kinder, die sonst in einer anderen Betreuung sind. Diese Kinder können heuer

zum ersten Mal in den Kinderhort Wimpassing kommen. Dort haben wir sechs Wochen Betreuungszeit für diese Kinder.

Jede Woche bietet einen anderen Schwerpunkt. Die Angebote sind genauso zu berechnen wie normale Hortwochen mit einer Staffelung je nach Einkommen. Auch das Mittagessen kann eingenommen werden. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich bei meiner Abteilung sehr herzlich, speziell bei den Hortbetreuern, die sich wirklich viel einfallen ließen, um die Kinder zu unterhalten, ihnen vieles zu bieten – auch musische und handwerkliche Themen stehen auf dem Spielplan, ebenso viele Ausflüge usw.

GR. Fila: Dankesworte wurden bereits gesprochen. Als Elternteil freut man sich immer über ein schönes Ferienprogramm für die Kinder. Die Stadt Wels gibt sich dafür sehr viel Mühe. Danke für die Vielfalt des Angebotes.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die breite Zustimmung. Die Dankesworte werden von mir an die zuständige Abteilung weitergeleitet. Ganz besonderen Dank an die Kollegin Josseck-Herdt für diese weitere Kinderbetreuung im Hort Wimpassing. Ich glaube, das ist eine sehr sinnvolle Ergänzung in den Ferien. Ich ersuche um Abstimmung.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 12. wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Huber übergibt den Vorsitz an den im Sitzungssaal wieder anwesenden Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

13.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Ausweitung der Anspruchsberechtigung für den Aktivpass
DI-Verf-2025-2017

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Initiativantrag liegt ein Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet:

Der Beschlusstext „Der Gemeinderat der Stadt Wels und die Referentin für Soziales Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger werden aufgefordert die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anspruchsberechtigung des Aktivpasses auf jüngere Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status auszuweiten.“ ist wie folgt abzuändern:

„Der Gemeinderat der Stadt Wels und die Referentin für Generationen StR. Margarete Josseck-Herdt werden aufgefordert die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die

Anspruchsberechtigung des Aktivpasses auf jüngere Menschen mit niedrigem sozioökonomischem Status auszuweiten.“

Ich ersuche diesen Abänderungsantrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

Vzbgm. Huber: Bei diesem Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion geht es darum, dass der Gemeinderat der Stadt Wels und die zuständige Referentin für Senioren Margarete Josseck-Herdt aufgefordert wird die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anspruchsberechtigten des Aktivpasses auf jüngere Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status auszuweiten. Es geht einfach darum Menschen mit weniger Einkommen Möglichkeiten zu eröffnen. Derzeit sind beim Aktivpass Frauen und Männer ab dem vollendeten 60. Lebensjahr mit Hauptwohnsitz in Wels sowie Menschen mit mindestens 70 % Erwerbsfähigkeit anspruchsberechtigt. Den Aktivpass holen sich jährlich rund 3.600 Personen und ich denke mir, den Ausgaben der Stadt stehen sicher auch eine Mehrauslastung der einzelnen Betriebe gegenüber. Also man kann durchaus von einer Win-Win-Situation reden.

Wie aus dem Sozialbericht „Soziales Wels 2030“ hervorgeht, geht Einkommensarmut mit schlechterem Gesundheitszustand, schlechteren Wohnverhältnissen und fehlendem Zugang zu hochwertigen gesundheitlich und sozialen Diensten einher. Auch ist Einkommensarmut durch geringe Teilhabe am privaten und öffentlichen Leben gekennzeichnet. Der jüngste Gesundheitsbericht der Stadt Wels empfiehlt aus diesem Grund auch die Ausweitung des Aktivpasses. Positive Beispiele gibt es dazu, wie den Stadtpass in Regensburg, den Aktivpass in Linz oder den München Pass.

Das ist eine gute Maßnahme, um Menschen mit weniger Einkommen eine soziale Teilhabe zu eröffnen. Bitte um Beschlussfassung.

GR. Hacker: Der derzeitige Aktivpass der Stadt Wels soll besonders älteren bzw. beeinträchtigten Personen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erleichtern. Durch die Eingrenzung der Altersgruppen ab 60 und der Angabe der Erwerbsfähigkeit von 70 %, unabhängig vom Alter, ist eine soziale Treffsicherheit gegeben. Die Ausweitung würde aus unserer Sicht eine Verteilung nach dem Gießkannenprinzip bedeuten, mit Blick nach Linz, wo bereits über 43.000 Personen diesen Aktivpass besitzen und nutzen.

Meine Damen und Herren, man braucht schon Zahlen und Fakten. Wir wollen hier nicht Unmengen an Pässen ausgeben, wenn wir die Zahlen und Fakten nicht kennen und vielleicht irgendwann diskutieren, können, wollen wir uns das leisten? Dann muss man diesen Menschen wieder etwas wegnehmen? Das wollen wir nicht.

In der Stadt Steyr wurde der Aktivpass 2016 mit einer Stimmenmehrheit von FPÖ und SPÖ abgelehnt.

StR. Josseck-Herdt: Bereits im Jahr 2007 wagte die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion einen Vorstoß und forderte die Angleichung des Welser Seniorenpasses an die Modalitäten des Linzer Aktivpasses, insbesondere die Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten. Der Antrag wurde damals sehr wortreich in den Sozialausschuss der damaligen Stadträtin Silvia Huber verwiesen. Leider Gottes wurde in keinem Ausschuss das Thema Aktivpass behandelt. Es wurde zwar das Alter der anspruchsberechtigten Männer von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt, die Schutzgebühr erhöht und einige

Gutscheine dazugegeben, aber die Ausdehnung auf Menschen mit kleinem Einkommen wurde nicht angegangen.

Dieses Thema kann man nicht einfach so im Gemeinderat absegnen. Es muss im Ausschuss sehr speziell und genau besprochen werden, weil wir damit betragsmäßig in Sphären kommen, die wir uns gar nicht vorstellen können. Wenn man das hochrechnet, kommen wir schnell auf eine Million Euro. Ich erwarte mir, dass irgendjemand einen Antrag zu Geschäftsordnung stellt. Der Antrag wird nicht „versumpfen“ sondern ich werde ihn im Ausschuss behandeln – das verspreche ich ihnen.

GR. Mag. Parzmayr: Es gibt hier offenbar einen großen Diskussionsbedarf. Deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Generationenausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Parzmayr auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 10) an den Generationenausschuss wird mit

	<u>29 Ja-Stimmen</u> (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen	<u>4 Nein-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion, NEOS)
	<u>angenommen</u> .

GR. Wildfellner ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Mag. Simunovic verlässt um 17.40 Uhr die Gemeinderatsitzung.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

14.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Parteistellung der Gemeinden im Oö. Glückspielautomatengesetz;
Resolution an die Oö. Landesregierung
DI-Verf-2022-2017

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Bei diesem Tagesordnungspunkt befassen wir uns wieder einmal mit einer Resolution an die Landesregierung. Wie schon öfter gefordert, möchte die Stadt Wels eine Parteistellung im Oö. Glückspielautomatengesetz. Der zweite Punkt ist nun neu. Es geht dabei um das Oö. Wettgesetz. Wir möchten, dass in diesem Gesetz einige Änderungen seitens des Landes Oberösterreich vorgenommen werden.

Kurz ein paar Daten: 2007 gab es 97 von der Landesregierung genehmigte Wettannahmestellen, davon waren 10 mit Glückspielautomaten in Wels. Mit der stetig anwachsenden Zahl der Wettannahmestellen im Großraum Wels steigt auch die Nachfrage in der Spielsuchtberatung der Stadt Wels. Dazu möchte ich hinzufügen, dass das Land Oberösterreich alle Subventionen strich. Wir bekamen 2016 eine negative Antwort; es gibt in dieser Richtung keine Förderungen mehr. Für 2017 fehlt die Antwort dazu noch.

77 % der Betroffenen in Wels kamen wegen Spielsuchtproblemen an Glückspielautomaten zu uns und 43 % wegen Sportwett-Problemen. Diese Tendenz ist steigend. Deswegen unser Antrag.

Die Folgen für die Betroffenen, ob im familiären oder in anderen Bereichen, kann man natürlich auch nicht beziffern. Ich möchte nur ein paar Änderungen herausnehmen. In der Resolution ist das Gesetz mit den gewünschten Änderungen enthalten.

Die Bewilligungen zur Tätigkeit für Wettunternehmen sollen in Zukunft nur mehr auf maximal 10 Jahre ausgestellt werden. Weiters müssen die Wettunternehmen zwei Konzepte vorlegen, ein Konzept zur Schulung der Mitarbeiter im Umgang mit Spielsucht und ein weiteres über ein Kontroll- und Warnsystem mit abgestuften Spielerschutzmaßnahmen für Spieler bis hin zur Fremdsperre. Außerdem erlischt die Bewilligung bei zwei rechtskräftigen Bestrafungen wegen Übertretung des Wett- oder Jugendschutzgesetzes. Ausnahmslos Wettkunden sollen eine Wettkundenkarte bekommen. Diese darf jedoch keine Funktionalität aufweisen, d.h. keine Bankomatkarten-Funktion, Geldeinheiten speichern oder sonstiges. Alle Wettkartenterminals sollen nur mehr durch eine Wettkundenkarte in Betrieb genommen werden können.

Jedes Wettunternehmen hat zum Zweck der Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen zum Schutz der Wettkunden ein elektronisches Wettbuch zu führen. Dieses soll alle Abläufe der Wetten, Vorkommnisse und Spielersperrungen bis zu fünf Jahren dokumentieren. Die Liste der verbotenen Wetten soll ergänzt werden mit Wetten über 500 Euro Wetteinsatz, ebenso Wetten auf Amateur- oder Jugendsportveranstaltungen und Wetten auf Tierkämpfe. Neu soll der Paragraph hinzukommen „Aufnahme von Betriebszeiten zwischen 0 und 6 Uhr“.

In Salzburg ging man diesen Weg bereits und ich hoffe, dass wir auch in Oberösterreich diesen Weg gehen können. Bitte um Diskussion und Zustimmung.

GR. Hufnagl: In dieser Resolution steht, dass es sich um eine Verbesserung der Parteistellung der Gemeinde handeln soll. Sie führten richtigerweise aus, dabei geht es um viel mehr. Die vorgeschlagenen Änderungen des Oö. Glückspielgesetzes sind schon sehr massiv.

Mich und uns NEOS stören auch die vielen Wettgeschäfte in Wels, die an allen Ecken und Enden von Wels aus dem Boden wachsen. Ebenso sehen wir das damit verbundene große Leid der Spieler und deren Familien. Wir sehen sehr wohl die Problematik und sind uns einig, dass dagegen etwas getan werden muss.

Allerdings, wenn wir diese Resolution an das Land Oberösterreich betrachten, glaube ich, dass es inhaltlich einige Mängel gibt. Diese möchte ich in Kürze ausführen. Um irgendwelche Mutmaßungen vorwegzunehmen – nein ich spiele nicht. Ich setzte mich mit Insidern aus der Branche zusammen und bekam einige ganz interessante Aspekte und Sichtweisen mit auf den Weg.

Im vorgeschlagenen § 2 Abs.5 ist die Maßnahme richtig, jedoch die Begründung falsch. Die Wette „wer hat den nächsten Eckball oder wer hat die nächste Rote Karte“ ist genauso „Kaffeesud-Lesen“ wie „wer schießt das nächste Tor“. D.h. laut FPÖ-Fraktion sollen die ersten zwei Wetten verboten werden, aber die letzte erlaubt sein. Im Prinzip geht es darum, dass diese Formulierung im Absatz keinen Sinn macht.

Das wirkliche Problem ist eigentlich die hohe Frequenz, d.h. die Ereignisfrequenz. Der Zeitraum von der Ziehung der Wette bis zum entsprechenden Ereignis ist sehr kurz. Die Leute werden durch diese hohe Frequenz süchtig gemacht. Sie setzen, sehen sofort ob sie gewonnen oder verloren haben und spielen sozusagen gleich wieder. Das ist das Problem, ist mir gesagt worden.

§ 9 Abs. 4 – Beschränkung auf 500 Euro Wetteinsatz pro Spiel ist nicht sinnvoll, weil gleichzeitig mehrere Wetten abgeschlossen werden können. Selbst wenn man das verbietet, ist es über Umwege immer noch möglich, auf dasselbe Ereignis mit unterschiedlichen Wettarten zu tippen – hat man mir gesagt. Vor allem ist hier die Frage aufgetaucht, wie will man dieses Gesetz bzw. diese Änderungen wirklich kontrollieren, exekutieren? Angenommen bei den Ausnahmen findet ein Fußballspiel statt, das regulär um Mitternacht zu Ende sein soll. Es kommt zu einer Verlängerung, zu einem Elf-Meter-Schießen, das Spiel ist um 1.00 Uhr zu Ende. Wer soll das kontrollieren? Das ist auch ein großes Problem.

Wir sind der Meinung, dass diese Wettbüros nur das sichtbare Problem sind. Das eigentliche Problem sind die Oneline-Anbieter. Jegliche Reglementierung, die man jetzt trifft, um die stationären Wettbetriebe zu reglementieren oder einzuschränken, wird die Auswirkung haben, dass die Leute immer mehr oneline spielen. Diese Spiele werden in die Illegalität gedrängt. Wenn wir beispielsweise bei den stationären Wettbüros das Wetten auf Amateure verbieten - Amateur-Fußballspiele verbieten wie im Antrag steht - so wird es sicher einen Weg geben auf diese Spiele im Internet zu tippen. Der große Nachteil dazu, im Internet ist man noch weniger kontrollierbar. Die stationären Wettbüros können wenigstens kontrolliert werden, die Spiele im Internet nicht wirklich.

Das große Problem ist auch, dass das Oneline-Spielen nicht der Österreichischen Gerichtsbarkeit unterliegt sondern der Gerichtsbarkeit des Landes, in dem die Server stehen. Z.B. hat bet-at-home den Sitz in Linz, aber die Server stehen in Malta. Somit gilt das maltesische Recht. Sogar die EU sagte dazu etwas Sinnvolles, nämlich „der Spielerschutz geht vor der Standortfreizügigkeit“. D.h. Österreich könnte Gesetze erlassen, die regulierend eingreifen. Eigentlich müssten wir unsere Resolution erweitern. Wir müssten sie an den Bund richten, wir müssten das Oneline-Spiel genauso betrachten wie die stationären Wettanbieter. Ebenso müsste ein weiterer Aspekt in die Diskussion miteinbezogen werden, dass der österreichische Staat hohe Einnahmen aufgrund dieser Glückspielbranche hat. Da wäre es anzudenken diese Einnahmen herzunehmen und zweckgewidmet in die Prävention zu stecken.

Zusammenfassend ist zu sagen, die Umsetzung dieses Gesetzes auf Landesebene wird uns nicht helfen. Das Problem ist viel größer und müsste umfassender betrachtet werden. Deshalb werden wir uns der Stimme enthalten, weil wir darin die Sinnhaftigkeit nicht ganz sehen.

GR. Ganzert: Vorweg, danke für den Initiativantrag. Er ist grundsätzlich positiv und zu begrüßen. Vielleicht ist er auch ein Ausfluss des Antrages Anfang Jänner im Gemeinderat der SPÖ-Gemeinderatsfraktion.

Zur Erinnerung - der damals vorliegende Beschlusstext lautete: Der zuständige Sicherheitsreferent wird aufgefordert gemeinsam mit den zuständigen Behörden eine Strategie zur Eindämmung des illegalen Glückspiels in der Stadt Wels zu erstellen und sich gleichzeitig für die Stärkung und Aufstockung der kontrollierenden Organe bezüglich Glückspiel einzusetzen. Diese Schritte müssen bis 31. März 2017 eingeleitet und dem Gemeinderat vorgelegt werden, nachdem diese Problematik keine Aufschiebung duldet.

Dieser Antrag wurde dem zuständigen Ausschuss zugewiesen. Mittlerweile ist es Ende Mai 2017. Trotzdem sind die jetzt getroffenen Initiativen gut. Alle Fraktionen bemühen sich bereits seit Jahren darum. Es ist wichtig im Gemeinderat ein starkes Zeichen dafür zu setzen.

Lobend erwähnen möchte ich die gesetzten Schwerpunktaktionen in der Stadt Wels was die Betreiber von Glückspielautomaten betrifft. Selbst stand ich einmal kurz im Stau, weil die Feuerwehr und die Polizei die Straße blockierten, um Wetterterminal abzutransportieren. Auch im Ausschuss gab es eine Information über Verbesserungsmaßnahmen.

Natürlich ist zu begrüßen im Oö. Glückspielautomatengesetz ein verstärktes Mitsprache- und Einspruchsrecht zu haben, ebenso die Parteistellung zu verankern.

Bei den bisher eingebrachten Resolutionsanträgen, ganz gleich ob an das Land, den Bund, die EU usw., waren nie ganze Gesetzestexte enthalten. Man hat in der Begründung aber vor allem im Beschlusstext versucht, das Ziel des Antrages entsprechend zu formulieren und die gesetzgebende Körperschaft ersucht, die Gesetzesänderung zu Papier zu bringen. Es ist diesmal ein wenig anders. Das zeigt sich beispielsweise unter § 1 und § 2. Man weiß nicht, ob nach dem Wort **Text** noch weitere Wörter stehen sollten oder nicht. Auf dem ersten Blick war es nicht ganz leicht zu erkennen, welcher Text neu oder nicht neu ist. Vergleicht man den Gesetzestext mit dem RIS ab, sind manche Wörter neue Teile des Gesetzes. Es enthält einen neuen Paragraphen usw.

Es sind sicherlich einige gute Vorschläge der Referentin beinhaltet, jemand machte sich sehr viel Mühe. Ich muss davon ausgehen, der Gesetzestext steht auf einem guten Fundament. Der dargestellte Stil ist für mich völlig neu.

Kollege Hufnagl möge vielleicht in Detailbereichen Recht haben, dass es nicht nur diese beiden Gesetze sind, welche die Angelegenheit regulieren. Es ist jedoch dermaßen wichtig und dringlich, dass wir den Antrag nicht wieder in einen Ausschuss zurückverweisen sollten. Wir müssen gemeinsam und geschlossen dagegen kämpfen.

Vielleicht kann unsere Blau-Schwarze-Koalition entsprechend Druck auf die Schwarz-Blaue-Koalition des Landes Oberösterreich ausüben, damit wir zum Ziel gelangen.

Wir alle sind aufgefordert gegen das Glückspiel aufzutreten und mit den nötigen Mitteln Rahmenbedingungen zu schaffen, damit betroffenen Menschen geholfen wird. Erschrocken war ich über die Zahl der Spielsüchtigen und darüber, dass jeder vierte Spielsüchtige bereits einen Suizid versuchte – das ist eine sehr tragische und alarmierende Zahl. Darum mein Appell an die NEOS bzw. an Kollegen Hufnagl trotzdem diese Chance zu ergreifen, damit die übergeordneten Institutionen sehen es steht die ganze Stadt dahinter.

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion stimmt diesem Antrag zu. Vielleicht sollte in Zukunft die Formatierung anders angedacht werden, weil es doch nicht ganz so leicht ist Gesetzestexte neu zu schreiben und diese dann auch zu beschließen.

GR. Mag. Sönser: Wir unterstützen diesen Vorstoß sehr intensiv, wenngleich wir auch die Bedenken betreffend legislativen Prozess teilen. Wir halten es ebenfalls für schwierig den Gesetzestext im Sinne eines Entwurfes dem Gesetzgeber vorzuschlagen, zumal aus unserer Sicht einige Ungereimtheiten enthalten sind.

Dennoch unterstützen wir diesen Antrag aus zwei wesentlichen Gründen: Einerseits die Frage der Parteistellung der Standortgemeinde der Stadt in derartigen Verfahren und zweitens, weil wir glauben, dass dieser Punkt noch zu wenig weit geht. Was wird dem Antragsteller in einem solchen Genehmigungsverfahren an Nachweisen aufgebürdet?

Wir glauben, dass die psychosoziale Situation, vor allem was die Spielsucht betrifft, durchaus ein Genehmigungskriterium sein kann oder sein sollte, um bereits im Genehmigungsverfahren im Sinne eines Nachweises solche Kriterien miteinzubeziehen, da die Folgen aus der Spielsucht ja in der Stadt evident sind, die Familien in der Stadt betreffen und damit in der Folge der Stadt Kosten verursachen werden.

Wir unterstützen den Antrag, würden aber meinen, dass man wesentlich stärker die Antragsteller in die Pflicht nehmen muss, um auch Folgekosten hintanhalten zu können.

GR. Mag. Parzmayr: Wir müssen zwei Punkte strikt trennen. Zum einen geht es um das Oö. Glückspielautomatengesetz. Bis dato hatte die Standortgemeinde hier keine Parteistellung im Verfahren, d.h. wir gaben in den letzten Jahren bereits immer negative Stellungnahmen ab. Dem Land war das jedoch egal. Sieht man sich die Zahlen an, haben die Betreiber die Standorte für ihre Lokale bekommen.

Wir sind uns alle einig – hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn die Spieler in diesen legalen Glückspielautomatenlokalen werden dort womöglich bei Kontrollen irgendwann gesperrt und triffen dann ab in die illegalen Lokale. Davon gibt es genug. Die Teilnehmer des letzten Sicherheitsausschusses haben den Bericht der Finanzpolizei vernommen. Ich war wirklich entsetzt, wie in diesen Betrieben gearbeitet wird – sie setzen zum Teil den Rechtsstaat außer Kraft. Die Finanzpolizei hat hier sehr viel zu tun. Ich bewundere die engagierten Mitarbeiter, die gegen Windmühlen kämpfen.

Zum anderen geht es um eine Änderung des Wettgesetzes. Natürlich sind wir als Gemeinderat der Stadt Wels kein Gesetzgeber. Es wurde das Rad nicht neu erfunden. Die neuen Passagen sind sozusagen entnommen aus dem Salzburger und dem Steiermärkischen Wettgesetz.

Danke der Referentin für die Mühe. Es ist richtig, es gibt ein paar kleine inhaltliche Tippfehler, also den von Kollegen Ganzert angesprochenen Text und vielleicht auch andere redaktionelle Fehler, die man aber sicher noch im Sinne eines Rechtschreibfehlers ausbessern kann, bevor wir die Resolution abschicken. Inhaltlich wird sich nichts ändern. Es ist uns natürlich bewusst, das Land Oberösterreich wird sich diesen Text genau anschauen und ihn wahrscheinlich nicht in dieser Form übernehmen. Wir wollen es als Zeichen transportieren, dass wir uns hier wirklich Gedanken als Stadt gemacht haben, was wir konkret wie ändern wollen. Nur eine Resolution ans Land Oberösterreich schicken, wo wir hineinschreiben „bitte lieber Landesgesetzgeber, mach doch was“, ist zu wenig.

Kollege Hufnagl, ich gebe ihnen Recht, die Oneline-Anbieter sind ein großes Problem. Das Land Oberösterreich ist dafür jedoch nicht zuständig. Der Gemeinderat der Stadt Wels wird darauf sowieso keinen Einfluss haben. Ich glaube allerdings man kann die Oneline-Anbieter besser kontrollieren, da man sich registrieren muss. Hier wäre eine Kontrolle sogar leichter möglich. Einen entsprechenden Antrag einer Resolution an den Bund können sie gerne im nächsten Gemeinderat stellen. Unsere Unterstützung kann ich ihnen bereits jetzt zusichern.

GR. Dr. Csar: Grundsätzlich müssen wir alles unternehmen, um Wetten hintanzuhalten. Wir sind aufgefordert alle möglichen Maßnahmen in die Wege zu leiten, um Wetten zu erschweren oder unmöglich zu machen und somit den finanziellen Ruin zu vermeiden.

In Oberösterreich haben wir das Oö. Glückspielautomatengesetz und das Oö. Wettgesetz. Der Landtag ist dafür zuständig, weshalb wir als Gemeinderat eine Resolution einbringen können.

Wie von Kollegen Hufnagl bereits ausgeführt, ist es nicht nur ein spezifisch oberösterreichisches Problem. Es ist ein bundesweites Problem. Deswegen bräuchten wir Maßnahmen, die über die Landesgrenzen hinausgehen. Eine Resolution an den Bund wäre sicher zu überlegen.

Der vorliegende Antrag beinhaltet zwei wesentliche Punkte – einmal die Änderung des Oö. Wettgesetzes. Diese wurde ausformuliert und vorgelegt. Die Intention ist richtig. Das eine oder andere wird sicherlich vom Verfassungsdienst des Landes Oberösterreich abgeändert werden.

Der zweite Punkt betrifft die Änderung des Oö. Glückspielautomatengesetzes. Eine Parteistellung wird beantragt. Auch hier können Maßnahmen gesetzt werden, um der Standortgemeinde im Rahmen der Parteistellung ein Mitspracherecht einzuräumen, um ein wichtiges Instrument - den Instanzenzug zu gewährleisten. Ich hoffe auf Zustimmung aller Fraktionen, damit uns diese Möglichkeit als Statutarstadt eingeräumt wird. Weise aber darauf hin, dass auch die Stadt Linz bereits einen ähnlichen Antrag zum Wettgesetz an den Landtag einbrachte. Dieser Antrag wurde vom zuständigen Referenten mit wenig Begeisterung aufgenommen. Ich hoffe, der Welser Antrag findet mehr Gehör und wir

erhalten dadurch mehr Umsetzungsmöglichkeiten. Das bezieht sich auch auf das Glückspielautomatengesetz. Die ÖVP-Fraktion stimmt dem vorliegenden Antrag vollinhaltlich zu.

GR. Hufnagl: Ein paar Korrekturen meiner Worte. Ich las diesen Initiativantrag so, dass sich die Änderungen nur auf das Oö. Wettgesetz beziehen. Es ist vielleicht darin geschuldet, dass die Resolution zum Glückspielautomatengesetz nur eine Seite aufweist und die Resolution zum Wettgesetz sieben Seiten. Die Parteistellung im Glückspielautomatengesetz ist auf jeden Fall zu begrüßen. Zum Wettgesetz machte ich bereits meine Ausführungen - ich glaube es wird hier „totes Recht“ geschaffen. Wir NEOS werden daher diesen Antrag mittragen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Danke für die positiven Wortmeldungen. Vor allen Dingen freut es mich, dass GR. Hufnagl jetzt auch mit uns mitgehen wird und wir sozusagen zu einem einstimmigen Beschluss kommen. Es gibt viele Probleme in diesem Bereich. Es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Ich bin keine Juristin, gehe natürlich davon aus, dass die Mitarbeiter des Verfassungsdienstes beim Land Oberösterreich die richtigen Formulierungen finden werden. Mir war es nur wichtig eine Resolution an das Land vorzubereiten, wo wir sehr konkret schon sagen was wir machen möchten und nicht globale Forderungen stellen. Darum wurde die Resolution dementsprechend ausformuliert. Natürlich wird sie beim Land noch überarbeitet werden.

Persönlich habe ich bereits beim zuständigen Referenten des Landes Oberösterreich vorgesprochen. Derzeit gibt es auch eine Resolution der Stadt Linz für eine Parteistellung im Oö. Glückspielautomatengesetz. Vielleicht können wir mit unserer Resolution dahingehend den Druck etwas erhöhen. Ich hoffe das Gespräch in Linz wird positiv verlaufen und wir können ein paar Dinge auch beim Oö. Wettgesetz ändern.

Der Initiativantrag (Anlage 11) zu Tagesordnungspunkt 14. wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

15.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarifordnung über die Festsetzung von Tarifen für die Vermietung von Räumlichkeiten der VHS der Stadt Wels neu erlassen wird (Tarifordnung für die Vermietung von Räumlichkeiten der VHS der Stadt Wels 2017)
BK-A+VHS-50-2017

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 20.04.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Tarifordnung für die Vermietung von Räumlichkeiten der VHS der Stadt Wels 2017 beschließen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem das wirtschaftliche Ergebnis der Volkshochschule der Stadt Wels durch effizientere Abläufe, neue Produktgruppen, Tariferhöhungen etc. optimiert werden soll
BK-A+VHS-76-2017

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss vom 20.04.2017:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge folgende Optimierungsmaßnahmen beschließen:

1. Präambel

Die 1948 gegründete VHS der Stadt Wels hat eine fast 70-jährige Aufbauentwicklung hinter sich. Ziel ist es durch Optimierungen ausgaben- wie einnahmenseitig durch neue Angebote und zusätzliche Standorte den Abgang dauerhaft zu senken.

Die Stadt Wels bekennt sich zu ihrer Volkshochschule und deren Aufgaben im Bildungs-, Gesundheits-, Präventions- und Freizeitbereich. Für die Übernahme dieser Aufgaben ist eine adäquate Ausstattung mit eigenen Räumlichkeiten in einer ausreichenden Quantität (VHS-Außenstellen Noitzmühle und Pernau), um die von Erwachsenenbildungsforum und Kooperationspartnern vorgegebenen Qualitätsstandards zu erhalten.

2. Einsparungsmaßnahmen

a) Stelldienste und Vorbereitungsarbeiten:

Trotz erheblicher Probleme bringt die Rückkehr auf die reine Reinigungsleistung und eine erhebliche Reduzierung der sonstigen organisatorischen Arbeiten bzw. eine Neuorganisation des Stelldienstes bei Veranstaltungen ein Einsparungspotential von ca. 14.000,- Euro jährlich.

Diese Maßnahme wurde bereits beantragt und soll per 1. April 2017 umgesetzt werden.

b) Personal:

Mit 1.1.2017 wurde ein 25-Stunden C V/FI 17-Posten abgebaut. Die dadurch erzielten Einsparungen belaufen sich inkl. aller Nebenkosten auf ca. 30.000,- Euro jährlich.

c) Betrieb/laufender Aufwand

Sonstige Ersparnisse könnten nur durch Kleinbeträge erreicht werden. Hier liegt das Gesamtpotential nach zweimaliger Umorganisation bei maximal 3.000,- bis 4.000,- Euro jährlich.

d) Bewegungsbereich

Hier sind Einsparungen von 1.500,- Euro jährlich durch die Einstellung bzw. Verkürzung von Leistungen möglich. Hier wurden schon erste Schritte gesetzt, um dieses Ziel schon 2017 zu erreichen.

e) Gebäudekosten Noitzmühle

Durch die Nachverhandlungen des Vertrags mit der Heimstätte (Eigenmittelverzinsung wurde ab 1.1.2017 von 3,5 auf 2,5 % gesenkt) können auf Basis der Kosten für 2017 jährlich 3.126,61 Euro eingespart werden.

Einer Neuberechnung der Kostenaufteilung zwischen den Nutzern des Gebäudes bringt bereits 2017 eine Senkung von Kosten im Bereich Miete, Reinigung und Heizung von ca. 3.400,- Euro (inkl. Kostenanpassung 2017) im Budget der VHS.

3. Neufestsetzung der Tarife

a) Tarifierhöhung der Kurse

Die Tarife der Kurse sollen nach Kundenverträglichkeit im Rahmen von bis zu 20 Prozent in einem Zeitrahmen von drei Jahren erhöht werden. Im Jahresprogramm 2017/18 soll ein erster Schritt von bis zu 10 Prozent vorgenommen werden. Die einzelnen Angebotsbereiche sollen kontrolliert und nach Marktlage und Kundenverträglichkeit angehoben werden. Die einzelnen Entscheidungen liegen beim Leiter der Volkshochschule.

Potential der Ergebnisverbesserung 24.000,- Euro jährlich bis 2019.

b) Tarifierhöhung Vermietung und Verbesserung der Auslastung

Infolge der Aufnahme in die Vermittlungsdatenbank „Locationsfinder“ der Business Touristik (Tourismusverband Wels) und des Printkatalogs „Welsklasse“ soll die Zahl der Vermietungen um 10 Prozent gesteigert werden. Eine neue Tarifordnung erhöht die Preise um ca. 5 bis 7 Prozent.

Potential der Ergebnisverbesserung ab 2017 ca. 4.000,- Euro jährlich mit einem mittelfristigen Potential auf drei Jahre von ca. 8.000,- Euro jährlich.

4. Neue Veranstaltungsorte

In der Erwachsenenbildung kommen in der Regel nur Neue Mittelschulen und zwei Kindergärten (Bewegungskurse) in Frage, da andere Quartiere nicht über die nötige Infrastruktur verfügen. Wir arbeiten bisher mit der NMS 1, Rainerstraße, der NMS 7, Porzellangasse, und den Kindergärten Neustadt bzw. Wimpasing zusammen. Weitere Kindergärten wurden im Zusammenhang mit der Schließung der VHS Gartenstadt geprüft – aber aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht in das Angebot miteinbezogen. Hier ist eine Nutzung vor 17:30 in der Regel nicht möglich. Ein Zugriff auf die Turnhallen der städtischen Schulen war bisher nicht möglich, da die zahlreichen Sportvereine hier ein Vorgriffsrecht haben.

Schon im Kursjahr 2017/18 werden zwei neue Kursorte angeboten. Potential der zusätzlichen Einnahmen bei durchschnittlicher Auslastung ca. 7.000,- Euro, der reinen Überschüsse ca. 3.600,- Euro jährlich. Bei einer weiteren Ausweitung auf andere Orte, Schulen und Hallen ist hier bis 2020 ein Potential der Ergebnisverbesserung von ca. 20.000,- Euro gegeben.

5. Entwicklung neuer Angebote

Die Ausweitung des Kursangebotes (Politik, Integration, Sprache, Kreativität), die in Zusammenarbeit mit anderen Organisationseinheiten des Magistrats teilweise schon umgesetzt wurde, beinhaltet für Potential von ca. 6.000,- Euro für 2017.

- Die Umsetzung dieses Bereiches mit einem Optimierungspotential von 12.000,- Euro benötigt allerdings einen mittelfristigen Zeitraum bis 2019, um auch die Kundenpotentiale entsprechend erreichen und ausschöpfen zu können.

a) Magistratsinterne Vernetzung stärken

Hier soll der Grundsatz Innenumsatz vor Fremdvergabe umgesetzt werden.

- Gesundheitsbereich als Weiterbildung (weniger Krankenstände, etc.)

Hier wären vor allem in der internen Gesundheitsvorsorge auf Basis des Gesundheitstagprogramms Maßnahmen wie Wirbelsäulentraining etc. wichtig, um die Gesundheit und Einsatzfähigkeit der Mitarbeiter zu erhalten.

- Nutzung der Räumlichkeiten für Weiterbildungen, DL-Meetings etc.

b) Kooperation im Rahmen des Generationenprogrammes mit den Tagesheimstätten

Vermeidung des Aufbaus von Parallelstrukturen im Magistrat. Wünschenswert wäre eine Zusammenarbeit mit der VHS, um Überschneidungen zu vermeiden.

Für künftige Programmgestaltungen ist die Möglichkeit der Kooperation zu überprüfen.

c) Positionierung im Bereich Politik und Gesellschaft

Regelmäßige Veranstaltungen für Schüler im Bereich „Politische Bildung“ und Angebot von Informationsformaten für definierte Zielgruppen wie Kulturaffine, Junge, Integration etc.

Ein Kursangebot auf Basis Politik und Gesellschaft muss ausgebaut und mit ergänzender Produktkommunikation bekannt gemacht werden.

Hier wären Schwerpunkte im Bereich Stadtgeschichte, Politik und Kunst und Kulturgeschichte, aktuelle gesellschaftliche Problemfelder und Entwicklungen mit Wels-Bezug zu setzen.

6. Gesamtes jährliches Optimierungspotential

Jährliche Einsparungen	2019	2018	2017
Stell- u. sonst. Dienste	14.000,00	14.000,00	10.500,00
Personal	30.000,00	30.000,00	30.000,00
Betrieb	4.000,00	4.000,00	4.000,00
Bewegungsbereich	1.500,00	1.500,00	1.500,00
Gebäudekosten	6.500,00	6.500,00	6.500,00
	56.000,00	56.000,00	52.500,00

Einnahmenerhöhungen

Kurstarife	24.000,00	14.000,00	6.000,00
Vermietung	8.000,00	6.000,00	4.000,00
Zusätzliche Orte	20.000,00	8.000,00	1.800,00
Neue Angebote	10.000,00	8.000,00	6.000,00
Interne Leistungen	5.000,00	3.000,00	
	67.000,00	39.000,00	17.800,00

GESAMTES jährliches OPTIMIERUNGSPOTENTIAL:

Rechnungsabschluss 2017:	70.300,-
Rechnungsabschluss 2018:	95.000,-
Rechnungsabschluss 2019:	123.000,-“

GR. Wiesinger: Die Volkshochschule der Stadt Wels hatte es in den letzten Jahren nicht gerade leicht. Wie vom Referenten richtig ausgeführt, gab es vor einigen Jahren eine Diskussion zum Thema Budgetbegleitgesetz, in welchem die Ausgliederung der VHS geprüft werden sollte. Auch der Referent sprach sich dafür aus, die VHS vielleicht dem BFI anzugliedern. Vor einem guten Jahr gab es die Bürgerbefragung, in welcher die VHS wieder in die Öffentlichkeit gebracht wurde.

Ein Dank an das Team der VHS und an Herrn Mag. Kitzmantel als Leiter. Trotz der Diskussion in der Öffentlichkeit ist es der VHS gelungen den Zuspruch der Menschen zu erhalten - das Angebot an Kurse konnte erweitert und der gute Ruf der VHS gehalten werden.

Im Ausschuss äußerte ich mich eher kritisch über diesen Optimierungsprozess. Die ÖVP-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen, jedoch darf ich ein paar Kritikpunkte ausführen:

Das Optimierungsprogramm setzt sich aus Optimierung und Potential zusammen. Optimierung ist das besterreichbare Ergebnis – hier steht bereits ein großes

Fragezeichen dahinter. Schaffen wir das Ergebnis überhaupt? Unter Potential versteht man die Fähigkeit dieses auch zu heben.

Der Amtsbericht setzt sich zusammen aus den jährlichen Einsparungen im Personalbereich, in den sonstigen Diensten, im laufenden Betrieb, in den Gebäudekosten und aus den Kursbeitragserhöhungen. Die ÖVP-Fraktion spricht sich generell gegen Kursbeitragserhöhungen aus. Im Detail werde ich die Probleme noch näher ausführen.

Wir reden von einem Einsparungspotential im Jahr 2017 von 70.000 Euro steigend bis 2019 auf 120.000 Euro. Der Großteil ergibt sich aus einer Personaleinsparung von 30.000 Euro. Es wird im laufenden Betrieb rund 4.000 Euro gespart. Positiv hier zu erwähnen ist natürlich, wenn man Gespräche führt ist es immer möglich Geld einzusparen. So erfolgte mit der Welser Heimstätte eine Nachberechnung der Betriebskosten, die eine jährliche Einsparung von rund 6.500 Euro ergibt.

Wo sieht die ÖVP-Fraktion die großen Unbekannten im Optimierungspotential? Einerseits werden die Kurstarife angehoben, zwar moderat über drei Jahre, maximal 20 % pro Kurs, jedoch ist nicht klar ob eine Kurserhöhung nicht dazu führt, dass vielleicht Kursteilnehmer abgeschreckt werden, weil der Kurs zu teuer wurde. Eventuell werden neue Kunden durch den erhöhten Preis abgeschreckt.

Durch Vermietungen neuer Veranstaltungsorte soll es zu Mehreinnahmen kommen. Das finde ich ebenso fraglich. Wenn die Räumlichkeiten nun mehr kosten, werden diese dann nicht weniger vermietet? Es sind natürlich von mir nur Annahmen.

Wichtig ist für mich der Punkt „neue Veranstaltungsorte“. Es ist angedacht in Zukunft Kurse andernorts anzubieten. Es ist nicht vorherzusehen, wie ein neuer Kursort angenommen wird. Meine Erfahrung zeigt, Personen, die Kurse der VHS besuchen, möchten kurze Anfahrwege. Sollte der Veranstaltungsort nicht mehr fußläufig erreichbar sein oder vielleicht nur mehr mit einem öffentlichen Verkehrsmittel, kann das gewisse Einbußen nach sich ziehen. Persönlich weiß ich von einem Fall, es wurde der Kurs von der Pernau in die Noitzmühle verlegt. Der Kursteilnehmer meinte, er fährt nicht durch die ganze Stadt, weshalb er diesen Kurs nicht mehr besucht. Diese Faktoren gehören berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang ist die Stellungnahme der Finanzdirektion interessant; ich zitiere: Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass Einnahmenerhöhungen erzielt durch Auslastungssteigerungen, Angebotserweiterungen, auch zu steigenden Kosten im Personal- und Sachbereich führen.

Diese Stellungnahme deckt sich mit meinen Ausführungen. Ich sehe hier sehr viele Fragezeichen. Wünsche jedoch, dass die Vorgaben eingehalten werden können. Hoffentlich wird mit diesem Antrag auch die Diskussion rund um die Volkshochschule beendet. Werden die vorgegebenen Zahlen nicht zu hundert Prozent erreicht, sollte die Diskussion nicht wieder aufgenommen werden. Ich lege niemanden mit Zahlen fest, es ist ein Optimierungspotential, einige Kritikpunkte wurden von mir angebracht.

GR. Hufnagl: Dieses Einsparungskonzept sehe ich ein wenig wie ein Placebo, damit man sagen kann wir machen Einsparungen, jetzt ist das Thema erledigt. Dem Abstimmungsergebnis der Bürgerbefragung wurde Rechnung getragen; Einsparungen

sind vorgesehen. Wenn wir sagen wir wollen keine Einsparungen in der Erwachsenenbildung, dann finde ich das ganz o.k. Das ist ja legitim. Dann beschließen wir es und diskutieren nicht darüber. Die vorgeschlagenen Einsparungen sind irgendwie nicht ganz reell.

Bei den Einsparungen im Betrieb bzw. beim laufenden Aufwand steht: „Nach zweimaliger Umorganisation liegt das Potential bei maximal 3.000 bis 4.000 Euro jährlich.“ Natürlich ist dieser Betrag auch ein gewisses Geld, aber er ist nicht wirklich besonders viel.

Noch spannender wird es im Bewegungsbereich, es steht: „Einsparungen von 1.500 Euro jährlich“. Zählen wir dies zusammen sind wir bei 5.500 Euro jährlich, im Verhältnis zu den 252.000 Euro Ausgaben. Es kann sich jeder den Prozentsatz der Einsparungen ausrechnen.

Die Stelldienste und Vorbereitungsarbeiten bringen nicht näher ausgeführte Einsparungen von 14.000 Euro jährlich. In einem WT1-Interview wurde erwähnt, was das sein könnte. Beispielsweise wird jetzt nur mehr dort gereinigt, wo ein Kursgeschehen war. Hier frage ich mich, war das bisher anders?

Die einzige wirkliche Einsparung, die ich sehe, ist die 25-Stunden-Kraft. Die restlichen Verbesserungen kommen nicht aus Einsparungen sondern aus den Tariferhöhungen, weil die angegebene Einsparung der Gebäudekosten beim Haus Noitzmühle nur aus der Verschiebung der Nutzer kommt. D.h. es wird eine andere Stelle des Hauses Magistrat damit belastet. Es wird etwas von der Kostenstelle der VHS in eine andere Dienststelle verlagert.

Fachlich richtig und interessant fand ich die Stellungnahme der Finanzdirektion; diese schrieb: „Eine fundierte Überprüfung der Einsparungs- und Optimierungspotentiale ist seitens der Finanzdirektion aufgrund von fehlenden bzw. nicht näher angeführten Daten nicht möglich.“ Wie bereits ausgeführt wurde, bei einer Einnahmenerhöhung aufgrund von Auslastungssteigerungen ist zu vermuten, dass diese tendenziell steigende Kosten im Personal- und Sachbereich nach sich ziehen werden. Deswegen kann ich das Einsparungspotential nicht wirklich sehen.

Interessant fand ich die Aussage der ÖVP-Fraktion. Diese erklärte in einer Aussendung: „Unsere Überzeugungsarbeit hat Früchte getragen und die VHS ist gerettet.“ Das stellt sich für mich nicht so dar. Warum sieht die ÖVP-Fraktion die Tariferhöhung kritisch und stimmte dieser dann zu?

Einen riesen Erfolg kann ich nicht sehen, werden dem Antrag aber trotzdem zustimmen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die Diskussion. Die Beiträge weisen darauf hin, dass der Amtsbericht gut gelesen wurde. Wichtig war mir Kollege Hufnagl, dass du darauf hingewiesen hast, dass auch ein paar tausend Euro eine Einsparung darstellen.

Wir sahen uns alle Prozesse an. Thema Reinigung: Nach der Nutzung der Räume - beispielsweise den Bewegungsraum in der Noitzmühle, dieser wird Vormittag und Nachmittag mehrmals benutzt - wird normalerweise nach einem Turnus gereinigt. Jetzt wird nach Kursplan gereinigt. Es werden dadurch nur einige Stunden eingespart.

Die Erhöhung der Preise bedeutet für uns im Umfeld Preis-Leistungs-Elastizität. D.h. es gibt auch andere Anbieter und der Vergleich stellt in den Produktgruppen, die erhöht wurden, sicher, dass wir keine Kunden verlieren werden, weil wir noch immer unter den Preisen der Anbieter sind. Wir müssen uns ansehen, wer sonst in diesem Bereich Angebote legt.

Lieber Markus Wiesinger, es dürfte sich um ein Missverständnis handeln. Es geht nicht darum Kursorte zu verlegen, sondern wir wollen zusätzliche Kursorte anbieten. Wir wollen nicht nur einen Kurs vom Stadtteil Noitzmühle in die Pernau verlegen, sondern wir wollen zusätzlich in den Stadtteilen, in denen es bis jetzt keine Angebote gab, wieder Angebote schaffen, in dem wir ein intelligentes Management der Ressourcen in den Schulen usw. gemeinsam mit der Abteilung machen. Hier besteht einiges an Potential. Damit werden wir den Kunden den Weg abkürzen. Sie brauchen nicht aus einem Stadtteil ohne Versorgung in einen anderen Stadtteil fahren.

Ich ersuche sie gemeinsam diesen Antrag zu beschließen, weil es darum geht, dass wir weiterhin ein gutes, besser ausgebautes Angebot der VHS haben wollen.

Der Antrag (Anlage 13) zu Tagesordnungspunkt 16. wird

einstimmig angenommen.

17.)

Angerlehner Museums- und Immobilien GmbH; Gewährung des Mehrwertsteuerbetrages zur Subvention der Stadt Wels für die Errichtung des Museumsstegs zum Angerlehner Museum
BK-K-50-2011

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss vom 20.04.2017:

Die beiliegende Zusatzvereinbarung zur bestehenden Vereinbarung zwischen der Angerlehner Museums- und Immobilien GmbH, Thalheim bei Wels, Ascheter Straße 54, und der Stadt Wels, Stadtplatz 1, über die Gewährung einer zusätzlichen Subvention im Ausmaß der 10 % Mehrwertsteuer in der Höhe von € 40.000,-- zur bereits gewährten und ausbezahlten Subvention zur Errichtung eines Museumsstegs über die Traun und über den Aiterbach zur Erschließung des Museums Angerlehner, Thalheim bei Wels, Ascheter Straße 54, wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

18.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44;
Zuschuss für das Jahr 2017
BZ-Pol-90002-2017

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 15.5.2017:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2017 einen Zuschuss in Höhe von insgesamt € 100.800,-- zu Lasten der VASSt. 1.7710.757100.8, wobei die Auszahlung in zwei gleichen Teilbeträgen zu je € 50.400,-- erfolgt (erster Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung und zweiter Teilbetrag am 01.08.2017).

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Förderungsmittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2017 bis spätestens 01.05.2018 zu erbringen.

Einstimmig angenommen.

19.)

Stadtplatz Erneuerungen; Grundsatzbeschluss
BauD-SP-74-10-2017

Der Antrag (Anlage 16) lautet:

Die Erneuerung des Stadtplatzes durch die genannten Maßnahmen im Bereich der Straßenbeleuchtung, des Verkehrs und der Attraktivierung der Bummelzone durch Wasserspiele mit einem Kostenvolumen von € 994.000,-- inkl. Mwst. (Kostengenauigkeit +/-10 %) wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Ganzert: Der Tagesordnungspunkt bzw. der Amtsbericht geht im Sachverhalt sehr gut ein in welchem Zustand sich der Stadtplatz derzeit befindet. Mit dem Wort „Kodak Viewpoint“ habe ich persönlich nicht viel anfangen können, da ich schon mehr mit der digitalen Fototechnik aufgewachsen bin. Sieht man sich die einzelnen Punkte an, muss ich sagen, ja die Verlegung der Straßenbeleuchtung auf die Hausfassaden kennen wir aus Brüssel, dem Grand Place - das ist sehr eindrucksvoll. Ganz so wird es am Welser Stadtplatz nicht werden. Es scheint jedoch charmant zu werden für knapp eine halbe Million Euro.

Errichtung von Wasserspielen – knapp dreihunderttausend Euro. Ein Vergleich – Bellagio in Las Vegas, Kalifornien. Genauso ein Tourismusmagnet und ein Zeichen dafür, was

man mit Wasserspielen alles erreichen kann, warum diese eigentlich eine ganz nette Angelegenheit sind.

Anpassung Verkehrsplanung (Gehsteige, Fahrbahn) – ca. einhundertdreißigtausend Euro. Die Autos sind gewachsen, man fährt heute SUV's. Mehr Platz wird benötigt.

Mobiles Grün ist zur Zeit „in“ – das sieht man immer wieder bei den Ökoplant-Bäumen am Minoritenplatz. Auch die Bürgerbeteiligung zieht Gott sei Dank immer mehr ein.

Insgesamt ergibt dies Kosten von ca. 994.000 Euro. Zu diesem Punkt fehlt der Sozialdemokratischen Fraktion das Verständnis. Wenn es um knapp eine Million Euro geht, so kenne ich keinen einzigen Ausschuss, in dem diese Vorhaben fundiert erläutert wurden. Aus dem Amtsbericht ist zu entnehmen, es fehlt der Zuweisungsstempel an einen Ausschuss. Es gab keine Vorberatung und keine Beschlussfassung der drei zuständigen Ausschüsse, nämlich dem Sozial- und Wohnungsausschuss, Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss oder Verkehrsausschuss. Dieser Amtsbericht wurde vor einer Woche den Mandataren übermittelt ohne Vorberatung in einem dieser Ausschüsse. In Anbetracht der hohen Summe ist das schon sehr erstaunlich, wenn nicht gar befremdlich.

Im letzten Gemeinderat erwähnte ich bereits, es wäre ganz interessant vom Finanzreferenten eine Liste zu erhalten, wann Geld oder kein Geld zur Verfügung steht, wie man es letztendlich schafft, ständig diese Millionen Euro im Budget zu finden und Anträge in dieser Höhe problemlos vorzulegen. Bei anderen Themen geht es nur um ein paar tausend Euro, die wir angeblich nicht haben. Damit tue ich mir ganz schwer.

Das ist der Grund, warum wir als Sozialdemokratische Fraktion einzelne Punkte durchaus verstehen, viele Dinge charmant finden und wahrscheinlich auch nicht unsinnig für unsere schöne Innenstadt und den Stadtplatz sind. Aber einfach die Tatsache, dass es keine Vorberatung in einem Ausschuss gab, dass wir nicht mehr als diesen knapp fünfseitigen Amtsbericht haben, lässt keine Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt zu. Wir werden uns daher der Stimme enthalten.

Vorher stelle ich jedoch noch den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen TOP einem gemeinsamen Ausschuss betreffend Innenstadt, Bau, Wohnen und Verkehr zuzuweisen, weil die Dringlichkeit überhaupt nicht nachvollziehbar ist. Jetzt ist Ende Mai, der zuständige Referent erwähnte, wir werden im Frühjahr 2018 damit beginnen. Es gibt keinen Grund diesen Antrag nicht in der nächsten Gemeinderatsitzung am 3.7.2017 oder erst im Herbst zu behandeln. Es wäre nichts einfacher als sich diese Diskussion zu sparen, wenn in einem Ausschuss vorher darüber beraten werden könnte.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Ganzert auf Zuweisung des Antrages in einen gemeinsamen Sozial- und Wohnungsausschuss, Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss sowie Verkehrsausschuss wird mit

gegen 12 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion, NEOS)
21 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Simunovic war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Hufnagl: Der Meinung von Kollegen Ganzert schließe ich mich an. Befremdlich finde ich, dass wir über eine Ausgabe von 994.000 Euro reden, obwohl wir in der Mittelfristigen Finanzplanung diese Summe nicht einmal vorrätig oder beschlossen haben. Nur für die Pflastersanierung und die Neugestaltung des Minoritenplatzes sind 2017 70.000 Euro vorhanden. D.h. wir müssen jetzt 994.000 Euro „aus dem Ärmel schütteln“.

Es geht um die Verlegung der Straßenbeleuchtung auf die Hausfassaden um 530.000 Euro. Ich denke mir, wir müssen wirklich viel Geld haben, wenn wir die bestehende funktionierende Beleuchtung einfach weggeben. Den Vorschlag die Laternen in einem anderen Stadtteil zu nutzen, hörten wir jetzt zum ersten Mal. Das wäre in diesem Fall sinnvoll. Die Frage stellt sich nur, ob man eine halbe Million dafür ausgegeben möchte?

Noch schlimmer finde ich die knapp 300.000 Euro für einen neuen Brunnen – das ist wirklich viel Geld. Und das nur für den Eis-Achter?

Die Anpassung der Verkehrsplanung, die Erweiterung der Parkplätze usw. finde ich durchaus sinnvoll. Wenn die Begrünung nicht anders erfolgen kann, werden wir auch mit einem Mobilem Grün leben, aber sicher nur als Übergangslösung bis der Stadtplatz mehr begrünt werden kann. Das Mobile Grün gefällt mir persönlich nicht wirklich.

Bürgerbeteiligung ist immer wichtig, jedoch glaube ich, wurde dieser Posten nur aufgenommen damit man sagen kann, ja wir fragen die Leute auch. Ich denke es ist nicht wirklich ernst gemeint.

Was wird mit der Attraktivierung des Stadtplatzes erreicht? Eine komplette Umgestaltung oder Neugestaltung des Stadtplatzes? – Nein! Ein anderes, neues Flair? – meines Erachtens auch nicht. Was wäre anders? Der Stadtplatz wäre vielleicht neuer, aber wirklich großartige Änderungen erreichen wir damit nicht.

Im Internet recherchierte ich ein wenig. Dabei stieß ich auf den Verein Stadtmarketing Austria, in dem interessanterweise die Stadt Wels Mitglied ist. Dieser Verein erarbeitete mehrere Vorschläge zur Gestaltung eines Platzes. Es gibt einen 5-Punkte-Plan, wie man den Platz analysiert, wie man eine Strategie entwickelt, wie man das Planungskonzept umsetzt, wie man es aus der Sicht der Nutzer betrachtet, Umsetzungsvorschläge usw. Ich schrieb mir ein paar Stichworte zum Thema Betrachtungen auf. Es geht um die öffentliche Erreichbarkeit, um Komfort, um Geselligkeit, um Kommunikationsmöglichkeiten am Platz, generelle Überlegungen der Nutzung, Verkehrsfreiheit, Barrierefreiheit, Taxistände, öffentlich überschaubare Zonen für die Erholung, Grünflächen, Parkflair, Möblierung, W-LAN, Fahrradabstellflächen, Spielflächen für Kinder, Gastgartengestaltung bzw. die Wünsche der Unternehmer mitbetrachten, Überdachungen, Geländer, Pforten, öffentliche Toiletten usw.

Es gibt so viele Themen, zu denen man sich einmal grundsätzlich Gedanken darüber machen könnte, wie der Stadtplatz in 10, 20 oder 30 Jahren aussehen soll. So ein Plan existiert momentan nicht. Eigentlich wäre es sinnvoll zuerst einen solchen Plan zu erstellen, die Richtung vorzugeben mit ernstgemeinter Bürgerbeteiligung, die Umsetzung zu planen und die Finanzierung sicherzustellen. Darum werden wir diesem Antrag nicht

zustimmen, weil er einfach nicht weit genug gedacht ist und eine Geldverschwendung darstellt.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Herr GR. Hufnagl, wenn sie uns viel Geld geben, können wir natürlich den gesamten Stadtplatz umgestalten – keine Frage! Es geht jetzt nur um die ersten Schritte. Wenn sie den Amtsbericht genau gelesen haben, wissen sie, es wird nicht ein Brunnen entstehen, sondern es werden zwei Brunnen sein. Leider ist nur ein Mobiles Grün möglich, denn es laufen Leitungen unter dem Asphalt, deshalb ist es nicht möglich Bäume zu pflanzen. Außerdem beschienen sehr viele Historiker, dass es keine Fotos mit Bäumen gibt. Somit müssen wir uns mit einem Mobilem Grün zufrieden geben. Natürlich ist Mobiles Grün immer die zweite Wahl – nur manche Dinge kann man leider nicht ändern.

Beim Österreichischen Städtetag war ich im Arbeitskreis „Entwicklung der Innenstadt“. Bei diesem Arbeitskreis kam ganz konkret heraus, wie wichtig es ist die Innenstadt immer wieder attraktiver zu gestalten, denn Themen wie der Online-Handel werden uns in Zukunft noch viel mehr beschäftigen. Es wird die große Herausforderung der Innenstädter sein, den Kampf gegen den Online-Handel aufzunehmen. Darum ist es wichtig in die Innenstadt zu investieren. Hier sprechen sie auch von Geselligkeit und Kommunikation. Darum schaffen wir neue Plätze, um dort die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Ich finde es ein bisschen befremdlich, da wir wirklich sehr viele Besprechungen abhielten, in denen der Verkehrsstadtrat Klaus Hoflehner mit unserer Vorgangsweise einverstanden war und jetzt zu sagen, so in dieser Art können wir nicht mitgehen. Die Kritik hätte in den Sitzungen bereits geäußert werden sollen, denn das Budget war im Vorhinein bekannt, es wurde im Grundsatzbeschluss mitbeschlossen.

Ich denke, es ist wichtig den nächsten Schritt in der Attraktivierung der Innenstadt zu setzen, wir sahen es zeigte Auswirkungen in den beiden Fußgängerzonen. Auch wenn sie die 94 % Auslastung in Frage stellen, muss ich ihnen sagen, es betrifft die Innenstadtlokalitäten – diese sind zu 94 % vermietet.

GR. Mag. Teubl: Der Stadtplatz ist – das wurde im Amtsbericht auch erwähnt – der für Wels typische Platz. Der Platz, der auf Postkarten zu finden ist, der als die Sehenswürdigkeit von Wels gilt. Der Platz, der die Identität der Stadt ganz wesentlich mitprägt. Haben wir doch auch im Altstadtbereich überall sonst schon so viele Bausünden zu verantworten, dass diese Qualität der Architektur, diese Qualität des Gesamteindrucks nirgendwo sonst zu finden ist als am Stadtplatz. Daher ist es ganz besonders wichtig mit diesem Platz sehr sorgsam umzugehen.

Nun liegt uns ein Grundsatzbeschluss vor zur Umgestaltung des Stadtplatzes. Gleich vorausschicken möchte ich, wir GRÜNE sind nicht gegen eine Umgestaltung des Stadtplatzes. Wir glauben sehr wohl, dass dieser Platz eine Umgestaltung benötigt und verträgt. Aber, so wie hier vorgegangen wird, werden wir dem nicht zustimmen. Warum?

Es wird ein Grundsatzbeschluss vorgelegt, ohne dass vorher ein ordentlicher Planungsprozess stattfand. Die entscheidende Fragen „Was soll dieser Platz können? Was wollen wir mit ihm?“ werden nicht beantwortet. Daraus sollte sich eigentlich die Gestaltung des Platzes entwickeln. Vzbgm. Raggl-Mühlberger sagte, die

Aufenthaltsqualität soll entscheidend verbessert werden. Ja – dieser Zielsetzung würden wir uns auch verpflichtet sehen. Ich glaube aber nicht, dass die Aufenthaltsqualität durch ein paar Einzelmaßnahmen, wie im Amtsbericht angeführt, entscheidend verbessert wird. Die Beleuchtung verändern, Illumination heißt das neuerdings – vielleicht ist das die größte Änderung. Ein neuer Brunnen, in dem man sich nicht nur die Füße waschen kann, sondern auch den ganzen Körper, weil offensichtlich Fontänen aus dem Boden springen sollen. Zwölf Kübelbäume, die irgendwo auf dem Platz abgestellt werden. Meine Damen und Herren, das soll eine entscheidende Verbesserung der Aufenthaltsqualität sein? Wir bezweifeln das.

Wir glauben der Planungsprozess muss neu aufgesetzt werden, grundsätzlich muss der Stadtplatz anders gedacht werden. Besonders deutlich wird es beim Punkt Verkehrsmaßnahmen. Hier wird im Amtsbericht ausgeführt, dass im Bereich Verkehr seit den 80er Jahren am Stadtplatz nichts mehr passierte. Das ist richtig – leider! Seit der Schaffung der Fußgängerzone im mittleren Bereich versuchten wir GRÜNEN z.B. seit Jahren immer wieder vergeblich eine Ausweitung des Bereichs der Fußgängerzone oder zumindest eine Begegnungszone zu erreichen, um die Aufenthaltsqualität auf diesem Platz zu verbessern. Das wurde immer wieder abgelehnt.

Wenn ich jetzt höre, dass die Verkehrsmaßnahmen sich vor allem darin äußern, SUV-taugliche Parkplätze zu schaffen, dann kann ich wirklich nur mehr den Kopf schütteln. Denn abgesehen davon, dass mir nicht ganz klar ist, warum man überhaupt ein panzerartiges Fahrzeug in der Stadt spazieren führen muss - wenn man schon ein solches besitzt, warum man das nicht im Messegelände besser abstellt als am Stadtplatz? Abgesehen davon glauben wir, der Stadtplatz ist viel zu schade um als Parkplatz missbraucht zu werden, ist jede Investition in eine solche Maßnahme doch wohl der falsche Weg. Denn damit wird der Autoverkehr nicht aus der Innenstadt geleitet, sondern die Parkplätze werden bestenfalls verringert. Ich weiß nicht ob geplant ist, dadurch weniger Parkplätze einzuräumen – vielleicht wird anstelle der nicht mehr aufgestellten Lampen dieser Platz geschaffen.

Vzbgm. Kroiß: Darf ich die Kollegen der SPÖ-Fraktion ersuchen Kollege Mag. Teubl ist am Wort.

GR. Mag. Teubl: Auf jeden Fall ist dieser Punkt dieses sogenannten Grundsatzbeschlusses wohl derjenige, der am Unverständlichsten bleibt. Dann kommt schließlich noch die Idee einer Bürgerbeteiligung. Nachdem offensichtlich in diesem Grundsatzbeschluss, der an und für sich einer Planung vorausgehen sollte, bereits völlig willkürlich einige Maßnahmen gesetzt sind, sollen sich dann Bürger beteiligen und etwas entscheiden? Ja, was denn bitte? Sollen sie darüber entscheiden, ob in den Kübeln Linden oder Kastanien stehen? Sollen sie darüber entscheiden, wie hoch die Wassersäule aus dem Bodenbrunnen spritzt? Das alles kann doch wohl nicht ernst gemeint sein.

Deshalb schließen wir uns der Auffassung der Fraktion der SPÖ und der NEOS an – zurück an den Start, eine ordentliche Planung. Eine Planung, die tatsächlich die Aufenthaltsqualität auf diesem Platz hebt und keine Planung, die nur den Interessen des Eventmarketings und der Parkplatzschaffung für großformatige Fahrzeuge dienlich ist. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag nicht.

StR. Lehner: Um die Diskussion etwas zu versachlichen oder nochmals ein Input zu liefern: Wir sprechen hier nicht von einer Neugestaltung sondern von Erneuerungen am Stadtplatz. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Beim Kaiser-Josef-Platz diskutieren wir über Funktionalitäten und setzen sehr bald mit einem Bürgerbeteiligungsprozess an. Am Stadtplatz sind wir uns in unserem Arbeitsbereich und mit den Fachexperten über die Funktionalitäten einig.

Es gibt eine klare Bummelzone, den West- und den Ostteil. Im Westteil reduzieren wir die Parkplätze. Das steht entsprechend im Amtsbericht, den muss man vorher nur lesen, dann kann man das klar herausfiltern. Wir reduzieren die Parkplätze, um einerseits die technischen Anforderungen der Parkplatzbreite zu erfüllen und andererseits Fußgängerqualitäten zu erhöhen - das war uns auch wichtig. Es ist aber fachlich nicht machbar den Stadtplatz als Fußgängerzone umzufunktionalisieren, denn die Experten des Stadtmarketing Austria sagen, du brauchst, um Fußgängerzonen zu installieren, entsprechende Frequenzen. Ohne Frequenzen wirst du dort als Unternehmer verzweifeln, es würden entsprechende Leerstände entstehen. Ganz abgesehen von den Bewohnern in diesem Bereich, die darauf Wert legen mit ihren Fahrzeugen zum Ausladen zumindest bis zur Haustüre zu fahren.

Es geht nicht um eine komplette Neugestaltung, es geht um Erneuerungen. In welchen Bereichen wir diese durchführen, wurde definiert. Das gehört in dieser Diskussion bewertet. Eine Bürgerbeteiligung ist schon wichtig. Es geht nicht nur darum welcher Baum in den Trögen stehen soll. Es geht um viele Dinge, die die Bevölkerung mitentscheiden soll. Wir erlebten dies sehr gut mit bei den bestehenden Fußgängerzonen. Zu Beginn kam der Vorwurf, wir machen ja nur einen neuen Belag und eine neue Beleuchtung – sonst ändert sich nichts in der Fußgängerzone. Jeder, der heute durch die Fußgängerzone geht, sieht, dass das Erscheinungsbild neu und modern ist. Dieses führt zu einer hohen Zufriedenheit und dazu, dass sich die Menschen wohler fühlen und sich mehr im Freien aufhalten. Das wollen wir auch am Stadtplatz erreichen.

Wir wollen keine neue Funktionalität – der Stadtplatz ist unser mittelalterliches Juwel und wird nicht zu einer Parklandschaft oder ähnliches umgestaltet werden.

StR. Hoflehner: Dass das Thema Stadtplatz sehr schwierig ist, hat der Welser Gemeinderat und die Welser Bevölkerung über viele Jahre hinweg bewiesen. Das zeigt die Wertigkeit dieses innerstädtischen Juwels. Die Meinungen sind natürlich sehr vielfältig.

Kollege Mag. Teubl kritisierte den Inhalt dieses Antrages sehr deutlich. Auch ich würde mir mehr Begegnungszonen wünschen. Die Verbreiterung der Stellflächen wird nicht wegen der SUV oder anderen Fahrzeugen gemacht. Es handelt sich um eine Anpassung an die gesetzlichen Bestimmungen. Die Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung haben sich geändert. Diese gesetzliche Verpflichtung wird nun durchgeführt.

Für mich ist die Schaffung besserer Möglichkeiten für die Fußgänger wichtig, auch aus sicherheitstechnischen Überlegungen, d.h. die Gehsteige werden verbreitert. Auch für die Radfahrer soll sich am Stadtplatz etwas verbessern.

Als Verkehrsreferent strebe ich natürlich in diesem Bereich eine Begegnungszone an. Das wäre technisch machbar, allerdings nur unter Verlust etlicher Parkplätze. Von den

jetzigen 76 Stellplätzen werden 9 wegfallen. Aus der Sicht der Sachverständigen würde eine größere Begegnungszone möglich sein, wenn davon noch einmal die Hälfte der Stellflächen wegfallen würde.

Warum sich die SPÖ-Fraktion der Stimme enthält hat Kollege Ganzert bereits erläutert. Natürlich haben diese Dinge alle einen gewissen Charme. Natürlich sind ein schöner Stadtplatz, eine schöne Beleuchtung, die Brunnen eine tolle Geschichte. Der Punkt warum wir uns heute der Stimme enthalten, hat mit dem TOP 7. zu tun. Bei diesem Punkt sagte Kollege Dr. Csar man „soll verschüttete Milch verschüttet sein lassen“ - wir wollen vorher dazu etwas sagen.

Kollegin Josseck-Herdt sagte ganz richtig zum Thema Aktivpass „man kann die Kosten noch nicht abschätzen, wenn er einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich wird“ – das ist vollkommen richtig. Die wesentlichen Leistungen des jetzigen Aktivpasses werden intern verrechnet, d.h. sie werden von „der rechten in die linke Tasche verschoben“. Geldwertige Anteile sind die Busfahrkarten der Firma SAB Tours, Eintritt in den Zoo Schmiding usw. Wir wollen mit unserer Überlegung darauf hinweisen und möchten nur wissen, wie es mit all den Masterplänen steht.

Im Verkehrsausschuss wurde von Herrn DI Doblhammer kurz die Attraktivierung des Stadtplatzes präsentiert. In der Stellungnahme der Finanzdirektion ist richtig angeführt, dass es Thema der Finanzverhandlungen im Herbst 2017 sein wird und der Beschluss mit dem Budget 2018 fallen soll.

GR. Kroiß: Herr Mag. Teubl, haben sie schon einmal probiert am Stadtplatz mit einem Kinderwagen in die jetzigen Parkplätze reinzukommen, ein Kind rein und rauszugeben oder Einkaufstüten auszuladen? Persönlich bin ich wirklich nicht die breiteste Person, aber ich schaffe das wirklich nicht. Mein kleines Auto passt in keinen Parkplatz und ich bin keine schlechte Einparkerin.

Ich finde das immer sehr lustig: Montagmorgen am Stadtplatz - grundsätzlich fährt ein Lieferwagen an einer Lampe an, die repariert werden muss. Eine indirekte Beleuchtung an den Hausfassaden wäre deswegen sehr vorteilhaft. Der Brunnen ist ein nettes Anschauungsobjekt - sonst nichts.

GR. Dr. Csar: Heute diskutieren wir in einem Grundsatzbeschluss über eine Planung, die wir vorantreiben wollen betreffend Straßenbeleuchtung, Wasserspiele, Verkehrsmaßnahmen, Mobiles Grün und Bürgerbeteiligung. Die jetzige Aufregung darüber finde ich ein wenig gekünstelt, wenn wir sagen; wir geben jetzt so viel Geld aus und wir planen schon etwas ohne Konzepte. Die Konzepte werden erstellt. Jetzt geht es darum, gemeinsam auf Basis einer Kostengrobplanung Detailplanungen vorzunehmen. Es wird viel Geld ausgegeben, das ist mir klar. Es ist wichtig damit verantwortungsvoll umzugehen.

Über verschiedene Varianten des Mobilen Grüns kann man nachdenken. Aus technischen Gründen ist eine Neubepflanzung des Stadtplatzes nicht möglich. Die Parkplätze rein auf die SUV's abzurechnen, ist zu gering. Kollegin Kroiß beschrieb in ihrer Wortmeldung, wie wichtig es ist, entsprechend breite Parkplätze zu haben.

Beschließen wir doch grundsätzlich gemeinsam die Neugestaltung des Stadtplatzes. Sollten nicht alle Fraktionen dem Antrag zustimmen, wird die FPÖ/ÖVP-Koalition diesen Antrag allein beschließen.

GR. Mag. Teubl: Frau Kollegin Kroiß, haben sie schon einmal versucht mit einem Kinderwagen von der Pollheimerstraße auf den Stadtplatz zu fahren? Das geht – man kommt durch den Ledererturm durch! Wir müssen nicht immer bis zur Haustür fahren. Es ging mir in meiner Wortmeldung darum, dass man ruhig das Auto auch weiter weg stehen lassen kann und dass es nicht notwendig ist den Stadtplatz als Parkplatz zu sehen. Das ist offensichtlich der Fall, wenn hier gesagt wird, dass die Planungsagenden inzwischen vom Stadtmarketing übernommen wurden.

Eigentlich wollte ich zum Thema Bürgerbeteiligung Stellung nehmen. StR. Lehner zitierte die Bürgerbeteiligung bei den Fußgängerzonen als Beispiel. Das war aber eher ein abschreckendes Beispiel, oder? Dieses Fiasko, wo es nur darum ging, zwischen modernem oder altmodischem Belag zu wählen oder zwischen der Bank mit oder ohne Schnörkel. Das stellen wir uns nicht unter Bürgerbeteiligung vor. Wir stellen uns eine Bürgerbeteiligung vor, wo die Interessen der Bürger an einem bestimmten Freiraum artikuliert werden können und wo es darum geht, was dieser Platz können soll. Wie kann die Aufenthaltsqualität der Bürger auf diesem Platz gehoben werden? Ich glaube nicht, dass man das kann, indem man die Parkplätze erhält, neu baut oder breiter macht sondern nur indem man die Parkplätze von diesem Platz entfernt.

GR. Hufnagl: Sehr geehrter Dr. Csar, sie sagten in ihrer Rede es geht um eine Neugestaltung des Stadtplatzes. Kurz davor meinten sie jedoch, eigentlich geht es nur um eine Planung. Jetzt kenne ich mich nicht mehr aus.

Zwischenruf GR. Dr. Csar: Um einen Plan für eine Neugestaltung. Anders geht es nicht.

GR. Hufnagl: Eine Neugestaltung, nur die Planung ist ja bereits sehr weit fortgeschritten, weil bereits fünf fixe Maßnahmen enthalten sind. Diese fünf Maßnahmen werden im Detail vorgegeben, wenn ich lese, es werden 12 Bäume in Trögen aufgestellt.

Vzbgm. Kroiß: Ich darf sie ersuchen die Zwiegespräche zu unterlassen.

GR. Hufnagl: Für mich ist dieser Amtsbericht bereits eine sehr genaue Vorstellung darüber, was man machen möchte.

Zum Thema man kann nur Bäume in Tröge aufstellen: Mir ist bewusst, es sind Leitungen darunter, es ist ein mittelalterlicher Platz, wo man oft nicht weiß wo genau die Leitungen verlaufen. Aber wir werden doch nicht die einzige Stadt auf dieser Welt sein mit diesem Problem. Es gibt genügend Beispiele, wo mittelalterliche Plätze erneuert und umgestaltet wurden und wo man sehr wohl wieder Bäume hat aufstellen können. Ich besorge ihnen Ansichtskarten und alte Postkarte auf denen zu ersehen ist, wo früher Bäume standen. Die gibt es sehr wohl. Mit ein bisschen Willen wäre das sicherlich machbar.

StR. Lehner: Danke für die vielen Inputs und die lebhaftige Diskussion. Natürlich gibt es keine Postkarten, auf denen am Welser Stadtplatz Bäume sind, außer in dem Bereich, wo sie auch jetzt stehen. Im Bereich der Stadtpfarrkirche gibt es gepflanztes Grün, welches von unserer Stadtgärtnerei gepflegt wird.

Es gibt auch Pläne was die Leitungen betrifft – diese Dinge sind sehr wohl bekannt von unserem Energieversorger. Wir prüften sehr sorgfältig die Möglichkeiten zur Pflanzung von Bäumen. Es ist irgendwann ein Strich zu ziehen und zu sagen, die Experten der Planung der Leitungsträger sagen, es ist technisch nicht realisierbar. Auch die Experten, die unser kulturelles Erbe immer wieder im Auge behalten, sagen, auf einem mittelalterlichen Platz haben Bäume nichts verloren – auch das nahmen wir sehr ernst. Beide Argumente sprechen dafür am Stadtplatz keine fixen Bäume zu haben.

Andere Bereiche, beispielsweise der Minoritenplatz, auf dem es früher eine schöne Kastanie auf Privatgrund gab, sind natürlich dafür geeignet, entsprechende Bäume vorzusehen.

Wichtig ist mir das Thema Bürgerbeteiligung. Wir luden damals zum Thema Neugestaltung der Fußgängerzone in die Minoriten. Es wurde mit der Bevölkerung über die Fußgängerzone diskutiert - was ist ihr wichtig. Es wurden Planungsvorschläge vorgestellt und die Bevölkerung entschied am Ende, ob wir eine moderne oder eine historisierende Variante wählen. Also nicht nur eine Wahl zwischen A oder B, sondern auch im Vorfeld eine Diskussion mit den Bürgern. Eines ist klar, wir lernten daraus. Wir wollen besser werden, wir wollen mit der Bevölkerung mehr diskutieren. Das begründet zum Teil diesen von uns benötigten Vorlauf, diese Eile den Antrag heute in den Gemeinderat zu bringen, denn die Gespräche mit den an die 200 Hauseigentümern am Stadtplatz zum Thema Beleuchtung, gehen nicht von heute auf morgen. Es braucht einen grundsätzlichen Beschluss, dass die zuständigen Mitarbeiter mit einem entsprechenden Beauvoir an die Hauseigentümer herantreten können und sagen, wir haben vor auf eine indirekte Beleuchtung umzustellen. Ist das an ihrem Haus mit ihrer Zustimmung möglich oder nicht? Erst wenn wir die Zustimmung haben, können wir im Detail planen und damit kalkulieren. Anschließend wird in den Ausschüssen und in den Gremien darüber beraten.

Im Vorfeld wurde das Thema gemeinsame Sitzung der drei zuständigen Ausschüsse diskutiert. Wir kamen zur Erkenntnis, wenn wir das machen, können wir gleich in den Gemeinderat gehen, dort sind alle Mitglieder vertreten. Einen Grund in den gemeinsamen Ausschuss zu gehen erkannten wir nicht, insbesondere deshalb, weil alle drei Stadtsenatsfraktionen intensiv eingebunden waren. Die Stadtsenatsmitglieder aller drei Fraktionen zeichneten diesen Amtsbericht mit. Wir gingen davon aus, dass innerfraktionell entsprechende Diskussionen stattfinden. Selbstverständlich ist bei der Umsetzung des Projektes jeweils der zuständige Ausschuss zu befragen. Wir werden uns überlegen, ob es Themen gibt, die sinnvoll in einem gemeinsamen Ausschuss zu diskutieren sind. Bei einer Gesamtplanung wird das der Fall sein, auch wenn dieses Gremium de facto wieder der gesamte Gemeinderat ist.

Dann beschäftigen wir uns intensiv in einer längeren Zeitspanne damit, finden eine gemeinsame Meinung unter Einbeziehung der Bürgerbeteiligungsergebnisse, wie wir mit dem Stadtplatz umgehen werden und welche Investitionen konkret (jetzt nur einmal geschätzt) getätigt werden. Es liegt noch viel Arbeit vor uns. Es braucht aber diesen Grundsatzbeschluss für die 994.000 Euro, um in die Gänge zu kommen, um es umsetzen zu können, um den vorgenommenen Zeitplan (Frühjahr 2018) in Angriff zu nehmen.

Das ist wichtig, denn anschließend gehen wir das Thema Kaiser-Josef-Platz an. Wir dürfen unsere eigenen Mitarbeiter auch nicht in allen Bereichen überfordern. Wir müssen diese Themen gezielt umsetzen, um gute Ergebnisse zu erzielen. Es ist uns allen - Klaus Hoflehner, Christa Raggl-Mühlberger und mir - sehr wichtig in der Innenstadt neue Qualitäten zu schaffen.

Bedanken möchte ich mich nochmals für die vielen Diskussionsbeiträge, die zu diesem Amtsbericht führten. Dank an Herrn DI Doblhammer für die Vorbereitung.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 19. wird mit

	<u>20 Ja-Stimmen</u> (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen	<u>1 Nein-Stimme</u> (NEOS)
und	<u>8 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Huber, GR. Wildfellner, GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Mag. Simunovic und GR. Haböck sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

GR. Schönberger verlässt um 18.20 Uhr die Gemeinderatsitzung.

20.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 31) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 7)
BZ-BauR-5002-2017

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 15.5.2017, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (31. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (7. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

21.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 112/3.6 (Stadtteil Innenstadt)
BZ-BauR-6003-2016
BZ-BauR-6024-2016

Der Antrag (Anlage 18) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 15.5.2017, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 112/3.6 (Stadtteil Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

22.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 307/1.7 (Stadtteil Wimpassing)
BZ-BauR-6010-2016

Der Antrag (Anlage 19) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 15.5.2017, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 307/1.7 (Stadtteil Wimpassing) beschließen.

Einstimmig angenommen.

23.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 223/A.1.3 (Stadtteil Rosenau)
BZ-BauR-6002-2017

Der Antrag (Anlage 20) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vom 15.5.2017, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 223/A.1.3 (Stadtteil Rosenau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

GR. Mag. Parzmayr ist bei den Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 20. – 23. nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vbzgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatterin Gemeinderätin Laurien Scheinecker

24.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Jugendarbeit und spezielle Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen
DI-Verf-2024-2017

GR. Scheinecker: Mit diesem Initiativantrag möchte die SPÖ-Gemeinderatsfraktion auf eine statistische Realität hinweisen - der Mädchenanteil bei den Nutzern der Welser Jugendbüros liegt nur bei knapp 18 %. D.h. der öffentliche Raum, den wir als Stadt unseren Jugendlichen zur Verfügung stellen, die von uns beschäftigten Betreuer der Jugendlichen um sie in diversen Lebenssituationen zu unterstützen, kommt größtenteils Burschen zugute. Das bestehende Angebot ist natürlich gut und wichtig. Die Burschen nehmen unser bestehendes Angebot gut an und wissen es zu schätzen in den Jugendbüros Menschen zu haben, die ihnen zur Seite stehen beispielsweise bei der Freizeitgestaltung, bei Zukunftsfragen oder einfach als Ansprechpartner für ihre Sorgen und Anliegen. D.h. aber auch, wir müssen die Mädchen aktiv abholen, dafür besteht Nachholbedarf. Wir müssen die Mädchen mit an Bord holen und ihnen denselben geschützten Bereich bieten, den die Burschen bereits wahrnehmen.

Diese Schieflage wurde von den motivierten Mitarbeitern bereits wahrgenommen und es wird versucht verstärkt auf die Mädchen zuzugehen. Es konnte der Anteil der Mädchen im Jahr 2016 von 10 % auf 18 % gesteigert werden. Das liegt vor allem daran, dass versucht wurde ein Angebot zu schaffen, welches den Bedürfnissen und Wünschen der Mädchen entgegen kommt. Es traten jedoch Probleme auf. Die Jugendzentren verfügen oft nicht über räumliche Kapazitäten für ein gesondertes Programm und haben keine personellen Ressourcen, um geschlechtergerecht zu arbeiten und die notwendigen Räume für Jungs und Mädchen bereitzustellen.

Aus der sozialarbeiterischen Arbeit wissen wir, es geht darum bedürfnisorientiert zu arbeiten. Es geht nicht darum die Mädchen zu stigmatisieren, wie seitens der Jungen ÖVP angesprochen. Es ist wichtig im Wesentlichen nicht die Situation daraus entstehen zu lassen „die armen, schwachen Mädchen, die sich in der brutalen Männerwelt zurechtfinden müssen“. Es geht darum die Mädchen nicht als Opfer zu sehen, sondern an Lösungen zu arbeiten und zu schauen wie wir Mädchen vermehrt in Jugendzentren bringen, um mit ihnen arbeiten und um ihnen dieses Angebot des geschützten Bereiches vermehrt bieten zu können.

Mädchenarbeit beschäftigt sich mit Lösungsansätzen, viel weniger mit den strukturellen Problemen im Hintergrund. Sie arbeitet mit den Mädchen, fördert ihre Talente, Begabungen, ihre Sorge, Ansprüche, Vorstellungen und ermächtigt sie dazu, sich als zentraler Bestandteil der Öffentlichkeit zu behaupten und sich einen Platz zu nehmen, dort wo sie ihn für sich selbst sehen, ganz ohne dabei auf gesellschaftlich vorgeprägte Rollenbilder zurückgreifen zu müssen. Es gibt österreichweit tolle Vorbilder und Initiativen, die man sich als Beispiel nehmen kann. Es fanden bereits Projekte in Wels statt, die mit der notwendigen Unterstützung Aufbauarbeit leisten konnten.

Ein positives Beispiel aus dem Umland ist der Mädchentreff in Marchtrenk mit der engagierten Arbeit von Brigitte Mühlberger. Die Arbeit des Vereines Jugend und Familie in Linz setzt immer wieder wertvolle Impulse im Bereich der Mädchenarbeit in den Mädchencafes. Das „peppa Mädchenzentrum“ der Caritas Wien kann wertvolle Erfahrungen und Erfolge vorweisen. Diese Woche findet in Linz am Hauptplatz der Girlsday statt, wo gleich der ganze Hauptplatz zum öffentlichen Treff für Mädchen ausgerufen wird.

Es geht darum junge Mädchen und Frauen als Zielgruppe zu definieren, für sie ein Angebot zu schaffen und ihnen zu zeigen, dieser Raum, dieser Jugendtreff gehört auch

euch, hier ist Platz für euch. Die Stadt kann geeignete Rahmenbedingungen schaffen und es der Dienststelle mit den nötigen Ressourcen ermöglichen verstärkt darauf Rücksicht zu nehmen und vermehrt gesellschaftliche Arbeit zu leisten. Deshalb dieser Antrag und meine Bitte diesen gemeinsam zu diskutieren. Setzen wir Maßnahmen, schaffen wir Räumlichkeiten, um den Mädchenanteil in den Jugendbüros zu steigern und wichtige wertvolle Mädchenarbeit in dieser Stadt zu leisten.

GR. Prähofer: Was ist für Mädchen für das Leben wichtig, dass sie selbstbestimmt starke und mutige Menschen werden und auch selbstbewusst sind im Umgang mit den Jungs? Dazu braucht es in der heutigen Zeit den Abbau von Geschlechterstereotypen und auch die damit verbundenen Einschränkungen. Wir sind überzeugt, die positiven Aspekte überwiegen deutlich, wenn Mädchen und Jungen gemeinsam Aktivitäten planen, in gemeinsamen Projekten sozial lernen und sensibilisiert werden für das andere Geschlecht. Natürlich muss man den gleichwertigen Zugang für Mädchen in den Jugendzentren sicherstellen. Dass eine räumliche Trennung die Lösung sein soll, davon sind wir nicht überzeugt. Vielmehr erinnert es uns an ein tradiertes Rollenklischee. Wenn wir es ganz realistisch betrachten, haben wir Frauen und Mädchen es bis heute nicht hundertprozentig geschafft das wirklich aufzubrechen. Jugendzentren sollten deren Angebot generell mädchenfreundlicher gestalten. Eine Möglichkeit wäre vielleicht verstärkt eigene Benützungzeiten festzulegen, in Form von Mädchentagen, Girls-Nights - wie auch immer man das nennen möchte.

Eine weitere Möglichkeit wäre Regeln für eine faire Nutzung der gemeinsamen Räume zu finden und wenn notwendig darüber zu sprechen, ob es eine Betreuung braucht, um sich an solche Regeln zu gewöhnen.

Uns ist ganz besonders wichtig für jugendliche Mädchen und Burschen gemeinsame Erfolgserlebnisse zu haben und sie somit mehr Wertschätzung füreinander entwickeln. Getrennte Räumlichkeiten halten wir nicht für den richtigen Weg.

GR. Haböck: Kollegin Scheinecker, ich schätze sehr deinen Enthusiasmus, vor allem auch für Themen wie Feminismus und Frauen. Bei diesem Antrag liegst du meines Erachtens aber falsch. Wäre es eine Forderung über das inhaltliche Angebot der Jugendzentren gewesen, hätte man darüber diskutieren können. Um das ging es nicht in deinem Teil des Antrages. Was dem Obmann der Jungen ÖVP Ludwig Vogl und mich so sehr irritierte, war deine Forderung in der Presseaussendung der SPÖ Wels nach „geschützten und neutralen Räumlichkeiten speziell für Mädchen und nach eigenen Räumlichkeiten für Mädchen“.

Das stört uns als Fraktion, als Junge ÖVP und mich aus mehreren Gründen: Erstens bin ich der Meinung, dass eine räumliche Trennung in öffentlichen Gebäuden im Europa des 21. Jahrhunderts absolut nichts zu suchen hat und es genug Strömungen gibt, die diese Trennung der Geschlechter auch im öffentlichen Raum wieder herstellen wollen. Dagegen verwehren wir uns vehement.

Zweitens – das ging aus der Presseaussendung und aus deinem Antrag nicht hervor, aber du erwähntest es heute öfters – geschützte Bereiche für Geschlechter. Einerseits möchtest du einen geschützten Bereich für Mädchen schaffen, andererseits bestehen anscheinend geschützte Bereiche für Burschen in den Jugendzentren. Jetzt frage ich mich, was genau sind diese geschützten Bereiche? Warum ist das Jugendzentrum ein

geschützter Bereich für Burschen? Dürfen dort nur Männer rein? Gibt es Zugangskontrollen, die Frauen nicht hineinlassen? Soweit ich weiß nicht. Wenn dem so ist, ist das sofort abzustellen. Oder benötigen Frauen oder Mädchen geschützte Bereiche? Dann stellen sich andere Fragen: Warum soll ein Geschlecht geschützter sein als das andere? Du sagtest, das willst du nicht. Wir sind einer Meinung, dass Frauen nicht das schwache Geschlecht sind, sondern dass die Geschlechter gleichberechtigt sein sollen.

Vielleicht braucht es geschützte Bereiche? Gibt es Probleme in den Jugendzentren in Wels? Gibt es konkret für Mädchen Probleme in den Jugendzentren? Sind Vorfälle bekannt, dass Mädchen von Benutzern der Zugang verweigert wurde? Gibt es Probleme? Fühlen sich Mädchen unwohl? Wenn ja, warum werden diese konkreten Probleme nicht benannt? Ja, wenn dem so ist, sind diejenigen, die Probleme verursachen, aus den Jugendzentren auszuschließen und nicht Mädchen oder Frauen in eigene Räume zu bringen und ein eigenes Angebot für diese zu schaffen. Denn hier müssten die Schuldigen bestraft und zur Verantwortung gezogen werden und nicht, wie in diesem Fall, die Opfer - sollte es diese geben.

Ich bin auch der Meinung, dass es das Ziel der öffentlichen Jugendzentren nicht sein soll, eine gewisse Geschlechterquote herzustellen. Die Jugendzentren sind ein Angebot der Stadt Wels für gewisse Zielgruppen und sollen für alle Jugendlichen der Stadt Wels offen stehen, egal ob Mädchen, Burschen, mit oder ohne Migrationshintergrund. Das Angebot soll so breit wie möglich gefächert sein, um breite Zielgruppen anzusprechen und auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Ob jetzt 40, 50, 60 oder 70 % der Benutzer Mädchen oder Burschen sind, sollte eigentlich nicht das Ausschlaggebende sein. Das Entscheidende - das ist der Grundsatz der Gleichheit - ist, dass beide Geschlechter den gleichen Zugang haben zu diesen Jugendzentren. Ich hoffe doch, in der Stadt Wels können im Jahr 2017 beide Geschlechter ungehindert das Jugendzentrum nutzen. Wenn dem nicht so ist, haben wir ein ganz anderes Problem. Dann müssen wir das besprechen.

GR. Scheinecker: Ich unterhielt mich mit Personen, die diese Mädchentreffs organisieren und in diesem Bereich arbeiten. Unter „geschützt“ verstehe ich vor allem, dass Mädchen außerhalb der Familie eine Vertrauenspersonen und Bindungen haben bzw. sich dort wohl fühlen. D.h. nicht, dass wir das eine Geschlecht vor dem anderen schützen oder das eine Geschlecht vor irgendwelchen Übergriffen beschützen müssen. Sondern es geht um einen Raum, in dem sich die Jugendlichen wohl fühlen, wo es darum geht Bindungen aufzubauen und sich insofern geschützt und neutral, ohne Beobachtung bzw. Beurteilung aufhalten können.

GR. MMag. Rumersdorfer: Danke für diese wichtige Initiative. Leider kann ich die Empörung und Irritation der ÖVP nachvollziehen. Es geht eben nicht darum, die Mädchen als Opfer oder als schwaches Geschlecht darzustellen. Ein geschützter Bereich ist nicht ein beschützender Bereich. Es geht darum einen Raum zu schaffen außerhalb der Familie in einem anderen sozialen Rahmen, wo man frei sprechen kann, nämlich weg von diesen Stereotypen, in denen wie auch immer alle miteinander zu einem großen Teil stecken. Das gegenseitige Verständnis und Miteinander soll nicht behindert werden.

Tatsache ist, Männer beanspruchen mehr öffentlichen Raum. Darüber gibt es fundierte wissenschaftliche Studien. Es ist kein Angriff auf die Männer von Feministinnen oder Linken. Bewegungsräume für freien Austausch von Themen, die Mädchen anspricht, ist

wichtig. 14-jährige Mädchen wollen sicher nicht mit Burschen über Sexualität, Verhütung oder Zyklus diskutieren. Es geht um die Beschaffung von Begegnungsräumen, Sozialräumen, Gesprächsräumen, in denen Mädchen sich wohl fühlen.

Wir nehmen die soziale Verantwortung wahr, fördern Mädchen und Frauenarbeit. Deshalb stimmen wir diesem Antrag vollinhaltlich zu.

Vzbgm. Kroiß: Beim letzten Besuch meiner Kollegin Raggl-Mühlberger und mir im Jugendzentrum Karpatenstraße war das Verhältnis der anwesenden Jugendlichen ganz eindeutig - es waren nur zwei oder drei Mädchen anwesend. Vor längerer Zeit fragte ich meine Jugendbetreuer um die Motive, warum so wenig Mädchen die Jugendzentren besuchen. Ein Argument war, dass sehr oft ältere Brüder ihren jüngeren Schwestern verbieten das gleiche Jugendzentrum zu besuchen, weil sie einfach allein sein wollen. Zweites Argument war eine gewisse Unsicherheit der Jugendlichen untereinander. Nach Fragen an die Mädchen, warum so wenig Mädchen ein Jugendzentrum besuchen, lautete der Originalton: „weil die Buben so deppert sind“.

Großes Thema sind auch die Eltern - speziell mit Migrationshintergrund -, die den Mädchen verbieten ein Jugendbüro aufzusuchen, ob es getrennte Räumlichkeiten gibt oder nicht.

Von der Fachabteilung und von mir wird versucht dem entgegenzuwirken. Es wurde bereits ein Maßnahmenplan zur Steigerung des Mädchenanteils in den Jugendbüros erarbeitet. Es gibt Mädchentage und Projektarbeiten mit Mädchen. Statistisch gesehen konnte der Mädchenanteil von 10 % im Jahr 2015 auf 18 % im Jahr 2016 gesteigert werden. 10 % waren es noch in der von der SPÖ federführenden Zeit. Es gibt Mädchenspezifische Angebote, wie Visagisten-Workshops, Kuchen backen, Malprojekte u.v.m. Von der Fachabteilung wird versucht auf die speziellen Bedürfnisse junger Mädchen und Frauen einzugehen.

Im Quartier Gartenstadt und im Quartier Noitzmühle gibt es spezielle Mädchentage, in denen die Mädchen unter sich sein können. Wir haben wirklich sehr viele Angebote. In den Jugendzentren können keine eigenen Räumlichkeiten für Mädchen angeboten werden, dazu sind diese nicht gebaut. Es ist auch nicht möglich im Standardbetrieb Tage nur für Mädchen zu öffnen. Das wäre eine Ungleichbehandlung gegenüber den Burschen. Diese würden sogleich fordern, sie möchten eigene Burschentage. Das ist sicher keinesfalls im Sinne einer zeitgemäßen Jugendarbeit.

Verstehen kann ich auch nicht die Begründung „Wels verfügt über 102 Sportvereine, die aber kaum über geschlechtsspezifische Daten der Mitglieder verfügen“. Die Sportvereine wissen sehr wohl wieviel Burschen und Mädchen im Verein sind. Aus datenschutzrechtlichen Gründen geben vielleicht die Sportvereine ihre Daten nicht preis.

Fußball oder Basketball ist wahrscheinlich eine Männerdomäne, während beispielsweise der Sportverein Flic Flac über sehr viele weibliche Mitglieder verfügt. Ebenso der WTV oder der Schwimmverein. Es gibt somit männerdominierende Vereine aber auch mädchendominierende.

In Wels ist ein adäquates Angebot für Mädchen und junge Frauen vorhanden. Vielleicht gibt es eine gewisse Holschuld der jungen Mädchen - welche Angebote hat die Stadt, wo kann ich hingehen, um diese Freiräume zu haben.

Vergessen dürfen wir nicht das Thema „Arbeit für Frauen“ - wir bieten bereits seit langem den Girlsday in der Stadt Wels an, mit dem wir jungen Mädchen die Möglichkeit geben in männerdominierenden Berufen zu schnuppern.

Wir werden diesen Antrag ablehnen, weil es uns einfach nicht möglich ist eigene Räumlichkeiten in den Jugendzentren für Mädchen zu schaffen, wenngleich wir darauf trachten, den Mädchenanteil in den Jugendbüros zu erhöhen.

GR. Ganzert: Ein Lob an den Vzbgm. Kroiß – er hat verstanden um was es in diesem Antrag geht und erklärte nochmals was wir versuchten auf Papier zu bringen. Er verstand was Kollege Haböck missverstand.

Es ist nicht gemeint: „Als Kind gehe ich in die Volksschule, gehe an der HAK II Wels vorbei und sehe Mädchen und Knaben und frage mich, was ist das für eine Schule? Wenn ich größer bin ist man irgendwie getrennt, wie geht denn das weiter?“ Das will keiner. GR. Scheinecker führte sehr gut aus, was mit Freiräume gemeint ist.

Hätte man mehr Phantasie und würde man sich in der Beschlussfassung den Satz „Speziell sollten eigene Räumlichkeiten in den Jugendzentren der Stadt Wels für Mädchen geschaffen werden.“ wegdenken, würde der von Kollegen Kroiß gesagte wünschenswerte und förderungswerte Sachverhalt herauskommen.

Zu den Ausführungen von Kollegen Haböck: Es geht nicht um Prozentsätze, um Quoten usw. - die Zielgruppe soll angesprochen werden. Wir lassen scheinbar als Stadt Wels, als Anbieter der Jugendbüros, eine Zielgruppe aus – das sind die Mädchen. Wenn nur 10 % der Besucher Mädchen sind, ergibt sich die Frage, was passt nicht? Das ist das Gleiche als würde man Sportarten anbieten, die von keinem mehr gespielt werden und wundert man sich warum das Angebot nicht angenommen wird.

Es geht darum für die bestehenden Zielgruppen Angebote zu schaffen. Das muss nicht unbedingt ein abgetrennter Mädchenraum sein, sondern es reichen vielleicht schon eigene Programme, eigene Werbemittel oder sonstiges um das Ziel zu erreichen.

GR. Schäfer: Als Vertreter der Freiheitlichen Jugend schließe ich mich der Meinung der Jungen ÖVP an. Das Zeitalter der Geschlechtertrennung ist vorbei, egal ob räumlich oder angebotsmäßig. Das ist gut so.

Der Referent sprach es bereits an, es gibt Angebote für Mädchen und für Jungen. Unser Ansatz ist, man soll versuchen dieses Angebot gemeinsam zu nutzen, eine Trennung ist wenig zielführend. Aus unserer Sicht ist es kein räumliches oder angebotsmäßiges, vielmehr möglicherweise ein kulturelles Problem. Man sollte beim Elternhaus der jungen Mädchen und Herren ansetzen.

Vzbgm. Huber: Ja, ich schließe mich gerne dem Lob für Herrn Vzbgm. Kroiß an, er verstand unseren Initiativantrag. Dieser Antrag ist nicht eine Erfindung der Emanzen, der SPÖ-Fraktion oder sonst wem, sondern es geht ganz klar aus dem Frauenbericht hervor.

Der Frauenbericht ging allen Gemeinderäten zu. In diesem ist enthalten Mädchen brauchen besondere Angebote.

Da nun endlich der Jugendtreff in der Noitzmühle errichtet wird, ist es natürlich sinnvoll diesen Initiativantrag jetzt zu stellen. Dort könnten Räumlichkeiten für Mädchen gleich mitgeplant werden. Beispielsweise wird die Sportart Beachvolleyball hauptsächlich von Mädchen gespielt. Neben einem Funcourt für die Burschen könnte etwas für Mädchen eingeplant werden. Deswegen meine Aufforderung beim Neubau des Jugendzentrums unseren Antrag mitzubedenken. Es geht nicht um Trennung der Geschlechter, sondern um Angebote für beide Geschlechter.

GR. Haböck: Liebe Laurien, ich nehme deine Erklärung zur Kenntnis und empfehle die Anträge so zu schreiben, wie sie gemeint sind und nicht, dass sich der Rest von Wels vorstellen muss, was die SPÖ-Fraktion gemeint haben könnte. Wenn darin steht „eigene Räumlichkeiten für Mädchen“ nehme ich an, dass die SPÖ-Fraktion eigene Räume für Mädchen meint.

Zwischenruf Vzbqm. Huber: Es steht auch Mädchenspezifische Angebote!

GR. Haböck: Nein, es steht getrennte Räumlichkeiten!

Bgm. Dr. Rabl: Bitte keine Zwischenreden!

GR. Haböck: Es ist natürlich schon interessant, wie oft man vor allem von den Vertretern der GRÜNEN-Fraktion gesagt bekommt, es gibt keine unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen. Man muss die Geschlechter zusammenbringen (was ja auch richtig ist) und dann aber einem erklärt wird, es braucht unbedingte Angebote, denn natürlich haben Mädchen und Burschen unterschiedliche Bedürfnisse und Ansichten. Na, wirklich? Das hätten wir aber nicht gewusst! Aber dann braucht es natürlich eigene Räume für Mädchen, eigene Tage für Mädchen, eigene Angebote für Mädchen.

Burschen haben genauso Probleme in ihrer Jugend. Es ist für Burschen auch nicht angenehm – das kann jeder sagen, der selbst mal ein Jugendlicher war, was jeder von uns war

Mich irritiert schon, dass darauf nicht Bezug genommen wird, wenn wir heute schon stundenlang darüber diskutieren wo Bäume gepflanzt werden und wie breit die Parkplätze sein müssen, wenn Vzbqm. Kroiß, zuständig für Sicherheit und Jugend, sagt, dass aus Befragungen in den Jugendzentren eindeutig hervorgeht, Mädchen wird aus dem Elternhaus verboten öffentliche Jugendzentren, wo Männer oder Burschen sich aufhalten, aufzusuchen. Das ist für mich das Hauptproblem und nicht der Kochkurs für Männer oder Frauen getrennt und ob es dort Sportangebote gibt. Das ist das große gesellschaftliche Problem, dem wir uns stellen müssen, ob Mädchen von zu Hause aus erlaubt wird in einen Jugendraum zu gehen, wo sich Burschen aufhalten. Gut dass Vzbqm. Kroiß dies ansprach. Wir als Junge ÖVP werden uns dem Thema jetzt noch verstärkter annehmen, denn wir haben anscheinend die Problematik dahinter erkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Danke sehr! Die Vorsitzführung war zu extremer Großzügigkeit verpflichtet im Zusammenhang mit der Redezeit, was ich sehr selten mache, wie jeder weiß.

GR. Hufnagl: Mehr Mädchenarbeit ist ganz wichtig. Es sollte mehr Angebote für Mädchen geben. Allerdings sollten das Angebote sein, die für Burschen nicht verboten sind. Spezielle Angebote für Mädchen zu Themen, wie Erwachsenwerden, Sexualität usw., sollen erstellt werden. Das verstehe ich – es sollte auch für Burschen so etwas geben, keine Frage.

Mehr Marketing, dass Mädchen beispielsweise gewisse Sportarten ausüben, wäre auch begrüßenswert. Frauenfußball, Frauenbasketball wird leider von manchen noch immer belächelt. Es gehört mehr Aufklärungsarbeit gemacht, damit eben mehr Mädchen in diese männerdominierenden Sportarten eintreten. Da ist ebenfalls ganz wichtig.

Ein Problem hatte ich ebenfalls mit den Worten „eigene Räume für Mädchen“ und „eigene Räume für Burschen“. Das gefiel mir gar nicht. Ich sprach mit Soziologen darüber, die sagen, diese Trennung der Geschlechter ist nicht sinnvoll und auch nicht mehr zeitgemäß. Vielleicht könntest du, liebe Laurien, in deinem Schlusswort noch einmal den Antrag erklären, denn so wirklich verstanden habe ich ihn bisher nicht.

Bgm. Dr. Rabl: Eine Richtigstellung: Die Feststellung der Vizebürgermeisterin Huber, Wels hätte kleine Jugendtreffs ist unrichtig. Ich diskutierte heute mit den Bürgermeistern aus Steyr und Linz. Diese bestätigten alle beide, dass die Welser Jugendtreffs nicht nur extrem gut ausgebaut sondern auch ausreichend groß sind.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger und StR. Lehner verlassen um 18.55 Uhr den Sitzungssaal. GR. Wildfellner verlässt um 18.59 Uhr den Sitzungssaal.

GR. Scheinecker: Entschuldigung für diese unglückliche Formulierung. Wesentliches Ziel soll sein Jugendliche zu motivieren in die Jugendzentren zu gehen. Ich bleibe schon bei den eigenen Räumlichkeiten für Mädchen. Teilweise haben Burschen den Raum für sich erobert. Mädchen, die vielleicht sich einmal allein unterhalten wollen, gehen nicht in das Jugendzentrum, weil sie wissen, dort sind beispielsweise deren Brüder und seine Freunde. Es wäre daher wichtig für Mädchen einen eigenen Rückzugsbereich zu haben. Das kann ein eigener Raum sein, es kann aber natürlich beispielsweise einmal ein Nachmittag nur für Mädchen sein.

Ich sprach mit einer jungen Dame, die ein sehr engagiertes Mädchentreffprojekt in der Neustadt leitete. Es ging nicht um einen Mädchenraum allein. Wesentlich war, es wurde nur für Mädchen ein Programm erstellt. Im Vordergrund standen drei Mädchen und nicht siebzehn Burschen. Wenn ein junger Bursch bei diesem Mädchenprogramm mitmachen wollte, war das kein Problem unter der Bedingung, dass diese drei Mädchen das Thema vorgaben. Das sind nicht so Sachen wie Visagistentermin oder gemeinsames Nägel lackieren. Es ging um Themen wie das Lieblingsbuch. Das Projekt leistete wesentliche Mädchenarbeit und war sicherlich nicht ein unwesentlicher Punkt warum der Prozentsatz auf 18 anstieg, weil diese Mädchenarbeit wirklich sehr wertvoll war.

Wir reden über Mädchenarbeit auf der einen Seite und Segregation zwischen Burschen und Mädchen auf der anderen Seite. Burschenarbeit passiert bereits in den Jugendtreffs, einfach aus dem simplen Grund, wenn viele Burschen da sind, gehen die Mitarbeiter

unserer Jugendtreffs auf diejenigen ein, die hier sind. Sozialarbeit funktioniert so. Ich hole die Leute ab und nehme deren persönlichen und individuellen Bedürfnisse wahr. Wenn viele Burschen anwesend sind, mache ich mit diesen Programm, welches deren Interessen angeht. Burschenarbeit heißt nicht automatisch, sie bekommen erklärt, wie sie die perfekten Männer sind, sondern dass sie auch selbst definieren, wie ist meine Position als Mann.

Wenn wir über das Elternhaus reden, reden wir darüber, dass junge Mädchen teilweise nicht bis 18.00 Uhr außer Haus gehen dürfen. Eltern meinen ein junges Mädchen würde vielleicht mehr einer Gefahr einer Belästigung ausgesetzt sein. Es muss nicht automatisch heißen, die bösen Eltern verbieten den Mädchen alles und den Burschen nichts. Diese stereotypischen Rollenbilder im Hintergrund laufen bereits bei den Jugendlichen.

Danke für die Diskussion. Ich hoffe im Sinne der Welser Mädchen und Burschen einen gemeinsamen Weg zu finden.

Der Initiativantrag (Anlage 21) zu Tagesordnungspunkt 24. wird mit

gegen 10 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion, NEOS)
20 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger, GR. Mag. Simunovic, GR. Schönberger und GR. Wildfellner haben die Sitzung bereits verlassen.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

25.)

Initiativantrag der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion betreffend
Radabstellplätze am Welser Bahnhof
DI-Verf-2020-2017

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es einen Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, der lautet:

Dem Beschlusstext

„Der Verkehrsstadtrat wird aufgefordert, mit den ÖBB Kontakt aufzunehmen, damit auf der Südseite des Hauptbahnhofs zusätzliche Radabstellplätze auf dem Bahnsteig 12 geschaffen werden können.“

ist folgender Teil zu kürzen:

... auf dem Bahnsteig 12

Der neue Beschlusstext lautet nunmehr:

„Der Verkehrsstadtrat wird aufgefordert, mit den ÖBB Kontakt aufzunehmen, damit auf der Südseite des Hauptbahnhofs zusätzliche Radabstellplätze geschaffen werden können.

Bitte diesen in die Diskussion miteinzubeziehen.

GR. Mag. Teubl: Auf der Südseite des Bahnhofs, auf der Innenstadt zugewandten Seite, gibt es viel zu wenige Abstellplätze für Fahrräder. Dementsprechend groß ist das Chaos auf diesen Plätzen. Es ist dringend geboten hier weitere Abstellplätze zu schaffen, darum ersuchen wir in diesem Antrag den Verkehrsstadtrat in Absprache mit den ÖBB solche zu ermöglichen.

StR. Hoflehner: Im Mai d.h. hat sich die Fläche auf dem Bahnsteig 12 sozusagen erledigt. Dort können keine Abstellplätze für Fahrräder errichtet werden. Insgesamt sind natürlich beim Bahnhof Radabstellplätze notwendig. Jedoch auf Bahnsteig 12 definitiv nicht.

GR. Mag. Parzmayr: Offensichtlich gibt es betreffend Örtlichkeit noch Gesprächsbedarf, deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Parzmayr auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 22) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 26 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger, GR. Mag. Simunovic, GR. Schönberger und GR. Wildfellner haben die Sitzung bereits verlassen, GR. Hufnagl ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

26.)

Initiativantrag der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion betreffend
Busanbindung Herminenhof
DI-Verf-2021-2017

GR. Mag. Teubl: Im letzten Antrag der heutigen Tagesordnung geht es nochmals um das Paket Verbesserungen im Welser Linienverkehr, welches wir heute bereits zum Thema Tangentiallinie behandelt haben. Vzbgm. Kroiß stellte in diesem Zusammenhang den Zuweisungsantrag und hat damit leider die Diskussion abgewürgt. Das mit der Begründung, man muss noch einmal überlegen, ob die Tangentiallinie eingeführt werden soll. Da platzt mir doch ein bisschen der Kragen, denn wie lange überlegen wir eigentlich? Wie schwierig ist das Überlegen von etwas, wo wir nichts anderes brauchen als eine Expertenmeinung dazu, weil wir selbst gar nicht wissen können, ob das gut oder

nicht gut ist. Da könnte man vielleicht etwas schneller sein und versuchen etwas mehr Schwung in die Gehirnwindungen zu bringen.

Nun soll sich der Verkehrsausschuss damit befassen. Dieser ist, wie wir bereits in der letzten Gemeinderatsitzung sahen, ein Ausschuss, der überhaupt nichts zu reden hat in dieser Angelegenheit. Das ist das Grundproblem in den Entscheidungsprozessen im Bereich Stadtbus, welches uns hier wiederum beschäftigt. Das Grundproblem ist diese seltsame Konstruktion - ein privater Betreiber führt das operative Geschäft durch, die ewwag übernimmt den finanziellen Abgang und die Stadt Wels hat eigentlich nur auf einem Weg etwas mitzureden, nämlich über den Eigentümerversorger, dem Bürgermeister der Stadt Wels. Er ist der eigentliche Adressat auch dieses Antrages, weil weder der Gemeinderat noch der Verkehrsausschuss auch nur irgendetwas mitzureden hat. Also was soll eine Zuweisung an den Verkehrsausschuss?

Diese Vertragskonstruktion ist allerdings durchaus in Frage zu stellen, weil damit das Thema öffentlicher Verkehr völlig dem Einflussbereich des Gemeinderates und der anderen zuständigen Organe entzogen ist. Es ist eine Entmündigung des Gemeinderates, die wir so nicht hinnehmen wollen. Wir GRÜNEN wollen daher, dass die in zwei Jahren notwendige Neuausschreibung der Verkehrsdienstleistungen der Linie Wels dazu genutzt wird eine andere Konstruktion zu entwickeln, wo die Entscheidungsbefugnisse der gewählten Vertreter besser gewahrt sind. Doch dazu wäre es notwendig diese Verträge erst einmal zu kennen. Zu diesem Zweck brachten die GRÜNEN gemeinsam mit der SPÖ im letzten Kontrollausschuss einen Antrag ein, der lautete: Der Kontrollausschuss beauftragt den Stadtrechnungshof die vertraglichen Verhältnisse zwischen der Stadt Wels, ihren Beteiligungen und der Linie Wels darzustellen. Meine Damen und Herren, wir wollen endlich wissen, was vertraglich vereinbart wurde und zwischen wem die Vereinbarung

Bgm. Dr. Rabl: Herr GR. Mag. Teubl, eine Ansprache zur Sache! Es geht hier um die Haltestelle Busanbindung Herminenhof. Auch wenn das für sie sehr schwierig ist, aber der Ruf zur Sache ist durchaus gerechtfertigt in diesem Zusammenhang, deshalb ersuche ich sie auch zur Sache zu reden.

GR. Mag. Teubl: Ich werde mich jetzt sicher nicht „abwürgen“ lassen, weil es hier darum geht, dass wir Anträge stellen können, bis uns die Hand abfällt. Es wird nichts nutzen, wenn wir nicht wissen, wie die Entscheidungsmöglichkeiten in dieser Angelegenheit sind. Der Antrag diese Vertragsverhältnisse endlich kennenzulernen, wurde von FPÖ und ÖVP zu Fall gebracht. Die Verträge werden weiterhin als geheime Kommandosache betrachtet. Jegliche Transparenz wird verhindert. Das muss ich sagen, bevor ich diesen Antrag näher

Bgm. Dr. Rabl: Herr GR. Mag. Teubl! Ein zweiter Ruf zur Sache, beim dritten Ruf zur Sache gilt es nach einer vorherigen Androhung dem Redner das Wort zu entziehen. Ich ersuche sie daher endlich zum Antrag zu sprechen.

GR. Mag. Teubl: Auch der vorliegende Antrag stellt den Versuch dar, eine Maßnahme zur Umsetzung zu bringen, die eigentlich bereits beschlossene Sache war, dann aber aus unerfindlichen Gründen nicht den Weg in das Maßnahmenpaket zur Verbesserung des Welser Linienverkehrs fand, welches wir in der letzten Gemeinderatsitzung beschlossen haben. Es handelt sich nämlich um die Verbesserung der Anbindung des Herminenhofs.

Das macht mich besonders wütend, weil es sich um eine Maßnahme handelt, die weder im laufenden Betrieb etwas kostet noch bauliche Maßnahmen notwendig macht, sondern nur erfordert, endlich der Auftrag dazu zu erteilen.

Meine Damen und Herren! Am 27. Februar 2010, also vor nunmehr sieben Jahren, wurde nach einer gelungenen Renovierung das Kulturzentrum Herminenhof eröffnet. Seither residieren dort Musikschule, Stadtbücherei und Stadtarchiv. Da Musikschule und Stadtbücherei sehr stark von Kindern und Jugendlichen besucht werden, die Stadtbücherei obendrein auch noch von vielen älteren Menschen, hätte einem doch der gesunde Menschenverstand sagen müssen, dass eine regelmäßige und sichere Erreichbarkeit des Herminenhofes mit dem Bus besonders wichtig ist. Da Musikschüler häufig auch relativ schwere Instrumente zu tragen haben, ist eine möglichst nahe Einstiegstelle, die regelmäßig bedient wird, von besonderer Bedeutung.

Und – das ist der Scherz am Rande – diese Haltestelle gibt es unmittelbar vor der Haustür. Diese wird jedoch nur von der Linie 16 angefahren, die nicht einmal stündlich verkehrt, auch nicht im Takt und die obendrein um 18.00 Uhr den Betrieb einstellt, während der Musikunterricht häufig auch in den Abendstunden stattfindet. Damit wird diese Linie einfach den Bedürfnissen der prädiktiven Benutzer nicht gerecht.

Die Welser GRÜNEN erkannten dies natürlich schon vor der Eröffnung des Herminenhofes und stellten am 08. Februar 2010 im Gemeinderat den Antrag dieses Problem auf die denkbar einfachste Art und Weise zu lösen, die man sich nur vorstellen kann, nämlich durch den Tausch der Linienführung der Linie 1 und der Linie 16 im Abschnitt zwischen Bauernstraße und Lokalbahn. Dieser Vorschlag wurde damals und wird immer wieder mit dem Argument abgelehnt, dass zu Messezeiten der Verkehr auf der Maria-Theresia-Straße zu stark sei, um die Einhaltung der Fahrzeiten gewährleisten zu können. So etwas kann aber auch nur einer Institution einfallen, die dermaßen unflexibel ist, wie die Linie Wels. Schafft man es doch andernorts auch zu Zeiten höherer Verkehrsbelastung vorübergehend die Linienführung zu ändern und die Fahrgäste rechtzeitig und ordentlich darüber zu informieren.

Hätte es noch eines Arguments bedurft, so müsste doch endlich jeder Zweifel beseitigt sein, dass dieser Vorschlag sinnvoll ist, nachdem auch die Experten der Verkehrsberatung Süd-West diesen Vorschlag unterstützt haben bzw. auch von ihnen gekommen ist. Obwohl das der Fall war und obwohl in der Steuerungsgruppe diese Maßnahme mehrheitlich befürwortet wurde, ist dieser Verbesserungsvorschlag im Beschluss, den wir in der letzten Gemeinderatsitzung tätigten, nicht enthalten gewesen.

Als Mitglied der Steuerungsgruppe wunderte ich mich vor allem auch über die damals ausgegebene Presseunterlage der Stadt Wels. Dort hieß es, die angedachte Verlängerung der Linie 1 samt Erschließung des Herminenhofs wird aus Sicht der Experten erst mit einer Öffnung der Eisenhowerstraße sinnvoll. Dass man in einem Pressepapier öffentlich einen solchen Unsinn verbreiten kann, ist schon haarsträubend, denn die Linie, deren Verlängerung mit der Öffnung der Eisenhowerstraße zusammenhängt, ist nicht die Linie 1 sondern die Linie 3. Die Linie, die etwas mit dem Herminenhof und seiner Anbindung zu tun hat, ist die Linie 1. Diese hat wiederum mit der Eisenhowerstraße nichts zu tun. Also was jetzt? Die Verbesserung der Anbindung des Herminenhofes wird nach über sieben Jahren, in denen man das schon hätte erledigen können, erneut verschoben, weil sich offensichtlich die Verantwortlichen nicht einmal im

Liniennetz des Stadtbusses auskennen. Das ist ein Armutszeugnis meine Damen und Herren!

Liebe Kollegen des Gemeinderates! Sie haben es nun in der Hand diesem Trauerspiel ein Ende zu setzen und mit der Zustimmung zu diesem Antrag dafür zu sorgen, dass mit der Fahrplanumstellung am 04. September 2017 für Musikschüler und für Nutzer der Stadtbücherei eine echte Verbesserung zu Tragen kommt, die obendrein keinen Euro Investition nötig macht. Ich ersuche sie deshalb um Zustimmung zu diesem Antrag.

GR. Ganzert: Lieber Walter, man merkt das Thema ist dir sehr wichtig. Wir sprachen bereits oft darüber. Auch ich war Mitglied der Steuerungsgruppe und anderer Meinung. In der Fraktion kamen wir ebenfalls zum Schluss, dass es zu diesem Thema so viele verschiedene Meinungen gibt und sehr viele offene Fragen bestehen, deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion dem zuständigen Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Ganzert auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 23) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion in den Verkehrsausschuss zur weiteren Beratung wird mit

gegen 26 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Fraktion)
4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger, GR. Mag. Simunovic, GR. Schönberger und GR. Wildfellner haben die Sitzung bereits verlassen.

Bgm. Dr. Rabl bedankt sich für die rege Diskussion und erklärt anschließend die Gemeinderatsitzung für geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 09.10.2017 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.